

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 höchstens 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 nummer: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die feingehaltene Anzeigen-
 zeile oder deren Raum 60 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das letztgenannte
 Wort 30 Pfg. (außerdem 2 feingehaltene
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg.
 Stellenangebote und Geschäftsange-
 zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes
 weitere Wort 5 Pfg., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 6 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 22. April 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die S. D. P. und Kriegsrüstungen.

London, 19. April. (Fig. Ver.)

Durch die Annahme einer Resolution, die die Aufrecht-
 erhaltung einer genügend starken (adequate) Flotte fordert,
 hat die S. D. P. eine Stellung in der Rüstungsfrage ein-
 genommen, die in den sozialistischen Parteien anderer Länder
 nur allerhöchsten Widerspruch und stärkstes Bedauern hervor-
 rufen kann. Zwar hat sich eine starke Widerheit gegen die
 Resolution erklärt; aber das kann an der Tatsache nichts
 ändern, daß sich die Partei klar für die Flottenpolitik der
 herrschenden Klassen ausgesprochen hat und daß ihre Mit-
 glieder, falls man sie ins Parlament wählte, für das Flotten-
 budget stimmen würden.

Auf der Jahreskonferenz zu Coventry begründete die Ge-
 nossin K a h n eine Resolution, die sich gegen das Betrüben
 aussprach und die Regierung aufforderte, ihre imperialistische
 Politik der Herausforderung und der Obstruktion zur Bahrung
 der Sicherheit des Landes einzustellen. Sie führte aus, daß
 die sozialistische Bewegung eine internationale Bewegung sei
 und die Solidarität der Proletariat aller Länder anstrebe.
 Diese Solidarität könne aber nicht herbeigeführt werden, wenn
 man, wie es heute geschehe, Deutschland in den Augen der
 englischen Arbeiter beständig anschwärze. Bei weitem der
 schlimmste Fehler, den die S. D. P. je begangen habe, sei
 der, daß sie sich in der Rüstungsfrage mit den Kriegshebern
 identifiziert habe. Ceates (Sheffield) unterstützte den Antrag
 und hob hervor, daß damit nur bezweckt werden solle, die
 Partei in Reih und Glied mit den sozialistischen Parteien
 anderer Länder zu bringen und der Politik Anerkennung zu
 verleihen, für die die Delegierten der S. D. P. in Kopenhagen
 gestimmt hätten.

Von dem Parteivorstand war ein Amendement zu
 dem Antrag gestellt worden, das man aber besser als einen
 Gegenantrag bezeichnen könnte. Eine wörtliche Uebersetzung
 dieses Amendements ist schon in dem vorhergehenden Bericht
 gegeben worden. Es stellte zum Unterschied von den entfer-
 neren Zielen der Partei in der Rüstungsfrage folgende un-
 mittelbare Forderungen auf: die Aufrechterhaltung einer ge-
 nügend starken Flotte zur Landesverteidigung, die Einführung
 einer nationalen Bürgerwehr und das Aufgeben der aggressiven
 imperialistischen Politik. D u e l i c h begründete dieses Amende-
 ment, dessen Annahme nur das Befestigen würde, was schon
 zu wiederholten Malen beschlossen worden sei. Die Sozial-
 listen seien Internationalisten, weil sie Nationalisten seien
 und die Autonomie jeder Nation aufrechterhalten wollten,
 und um dies zu tun, müßten sie bereit sein,
 diese Autonomie zu verteidigen. Die Verteidigungsmittel
 eines Landes müßten aber genügend stark sein, sonst seien sie
 wertlos. Der Sozialismus erstrebe den Frieden, müsse sich
 aber gegen den aggressiven Imperialismus zur Wehr setzen.
 S y n d m a n unterstützte das Amendement und bemerkte ein-
 leitend, daß ein gewisser Widerspruch zwischen den Beschlüssen,
 die die internationalen Sozialistenkongresse zu verschiedenen
 Zeiten gefaßt hätten, bestehe. Die Kongresse hätten sich nicht
 allein gegen Rüstungen jeder Art erklärt, sondern hätten auch
 eine Bürgerwehr für alle Länder gefordert. Wie könne man eine
 Bevölkerung bewaffnen, ohne für die Rüstungen zu stimmen?
 Indem sich der Kongreß für die Einführung einer Bürgerwehr
 und die Aufrechterhaltung einer genügend starken Landesvertei-
 digung ausspreche, handle er in Uebereinstimmung mit den
 Beschlüssen der internationalen Kongresse. Die Flotte, die
 nach seiner Ansicht nicht gut nach dem Muster einer Bürger-
 wehr eingerichtet werden könne, bedeute für England daselbe,
 was die Bürgerwehren für andere Länder bedeuteten. Außer
 der Landesverteidigung komme die Aufrechterhaltung der
 Lebensmittelfuhr für England in Betracht. Auch habe
 England Verpflichtungen den kleineren Nationen gegenüber,
 deren Autonomie es gemäß den eingegangenen Verträgen
 schützen müsse. Es sei falsch, zu glauben, daß eine Nation,
 die außerhalb Europas eine Angriffspolitik verfolge, auch
 innerhalb Europas notwendigerweise daselbe tue. Er sei
 dafür, die Freiheiten, die der englische Bürger genieße, auch
 zu verteidigen. Um das Land vor der Gefahr eines feind-
 lichen Einfalls zu schützen, sei die Aufrechterhaltung
 einer genügend starken Flotte und die Einführung
 einer wirklichen Bürgerwehr erforderlich. J o n e s (West
 Ham) machte sich über den Entschluß der S. D. P. in die Re-
 gionen der hohen Politik lustig. Die Partei sei viel zu schwach,
 um auch den geringsten Einfluß auf die Gestaltung der Ent-
 wicklung des Militarismus und Marirismus zu haben. Die
 einzige Freiheit, die der englische Arbeiter besitze, sei die,
 hungriig zu sein. Er verspüre keine Lust, sich für die Ka-
 pitalisten zu schlagen. Es sei die Pflicht der Sozialisten, sich
 den Rüstungsbestrebungen fernzuhalten, um sich nicht zu
 befubeln.

Die beste Kritik der Stellungnahme der S. D. P. bildet
 ein Artikel, in dem das ultrachauvinistische Blatt, die „Daily
 Mail“, die Weisheit der sozialdemokratischen Führer lobt.
 Er fängt mit dem Satze an: „Es ist ermutigend, zu erfahren,
 daß, wie ungereimt auch einige der Trugschlüsse und wie
 unmöglich auch einige der Ideale der sozialdemokratischen
 Partei in diesem Lande sein mögen, es wenigstens eine Frage
 von erster Bedeutung gibt, in der diese Partei von der Ver-
 nunft und dem gefunden Menschenverstande geleitet wird.“

Manche waren in der letzten Zeit zu der Ansicht geneigt,
 daß die Anschauungen Syndmans über die Rüstungsfrage
 einen überwundenen Standpunkt in der S. D. P. darstellten,
 daß mit dem Zurückweichen der chauvinistischen Hochmut die
 überhöhte Phantasie dem klaren Denken Platz gemacht hätte.
 Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Wehrheit der
 S. D. P. steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß
 Deutschland der Feind ist, der nur auf den günstigen
 Augenblick wartet, um England zu überfallen und
 die kleineren europäischen Staaten seinem Länder-
 besitz einzuverleiben. Das ist der Standpunkt der
 englischen Kriegsheber, der den Massen mit derselben Beharr-
 lichkeit eingepaukt wird, wie die deutschen Kriegsheber dem
 deutschen Volke einzureden versuchen, England sei der Feind,
 der danach strebe, den ihm unbequem werdenden deutschen
 Handel zu vernichten. Der Inselaner besitzt erfahrungsgemäß
 wenig Fähigkeit, sich in die Gedankenwelt anderer Völker
 hineinzubewegen. Die Mitglieder der S. D. P. scheinen keine
 Ausnahme von dieser Regel zu machen. Sonst hätten sie sich
 wohl einmal die Frage vorgelegt, was wohl aus der inter-
 nationalen Solidarität der Arbeiterklasse würde, wenn die
 deutschen Sozialdemokraten einen ähnlichen engherzigen Stand-
 punkt in der Rüstungsfrage einnahmen wie sie. Es wäre
 gar nicht schwer, in plausibler Weise die Anschauungen der
 deutschen Kriegsheber zu rechtfertigen; es gehört nur eine
 tüchtige Portion Chauvinismus dazu. Untersucht man
 aber die Frage, ohne sich von nationalen Vorurteilen
 beeinflussen zu lassen, so gewinnt sie ein ganz anderes Aus-
 sehen. Um einen konkreten Fall zu nehmen: wer ist am
 meisten an den durch das Projekt der Vagabahn hervor-
 gerufenen Unruhen schuld, Deutschland, das sich in Asien neue
 Absatzgebiete erobern will und das nach den Ansichten
 englischer Chauvinisten mit der Bahn nur beabsichtigt, die
 Herrschaft der Engländer im Osten zu untergraben, oder
 England, das seinen Handel in den von der Bahn berührten
 Gebieten schützen möchte und das, wie die deutschen Patrioten
 versichern, nur aus Konkurrenzneid die Pläne der Vagabahn-
 bahngesellschaft durchkreuzen möchte? Hier stoßen die Interessen
 des englischen und deutschen Kapitalismus aufeinander und es wäre
 Torheit, wenn ein Sozialdemokrat für diesen oder jenen Partei
 ergreifen würde. Im Interesse des Proletariats kann es nur
 liegen, der imperialistischen Expansionspolitik entgegenzuarbeiten,
 die sich nur auf Kosten der inneren Entwicklung durch-
 setzen kann.

Mit der Annahme der obigen Resolution hat sich die
 S. D. P. auf abschüssige Bahnen begeben. Denn die
 Forderung einer „genügend starken Flotte“ bietet der Aus-
 legung einen gefährlich weiten Spielraum. Sie wird damit
 nicht allein ihre eigene Entwicklung aufhalten, sondern sich
 auch notwendigerweise den sozialistischen Parteien anderer
 Länder völlig entfremden.

Die Bureaukratie gegen Stolypin.

Die Verfassungskrise in Rußland, die durch den neuen Staats-
 streich Stolypins heraufbeschworen wurde, zeitigt in ihrem weiteren
 Verlauf recht eigenartige Erscheinungen. Trotzdem selbst die
 oktobristische Duma der Regierung ihre Mißbilligung aus-
 drückte, indem sie die Stolypin-Interpellationen der ver-
 schiedenen Parteien annahm, trotzdem auch der Reichsrat, dieser
 Schutzwall der Bureaukratie, zum ersten Male seit seinem Be-
 stehen eine Interpellation wegen der ungesetzlichen Handlungswiese
 der Regierung beriet und fast mit Zweidrittelmehrheit annahm,
 steht Stolypin vorläufig noch an der Spitze der Regierung. Durch
 die dreitägige Sprengung der Kammern zum Zweck der Verwirk-
 lichung seiner Vorlage und durch die Wahrung zweier miß-
 liebiger Mitglieder des Reichsrates demonstrierte der „russische Wis-
 marck“ vor der ganzen Welt den eigenartigen Charakter der russischen
 „Verfassung“, die nicht nur die Selbstherrlichkeit des Zaren, sondern
 auch die Selbstherrlichkeit der Minister verhält und
 Hand in Hand geht mit der schamlosesten Vernichtung der „un-
 erschütterlichen“ gesetzlichen Grundlagen, die von den Siegern
 vom 16. Juni nach der Niederwerfung der Revolution proklamiert
 wurden.

Kußerlich ist alles beim alten geblieben. Der erprobte Henker
 und Bedrücker, der Eroberer Finnlands und der Grenzmarken, der
 große „Reformator“ Stolypin steuert wieder mit „fester Hand“ das
 Staatsschiff, und die beiden Kammern beistimmen sich, das
 Staatsbudget und die Regierungsvorlagen mit dem Eifer
 subalternen Kanzleibeamter zu erledigen. Und doch hat eine
 gewisse Verschiebung innerhalb der politischen Macht-
 faktoren stattgefunden, die den Boden unter den Füßen der
 herrschenden Oligarchen erschüttert hat. Die eigenartigen
 Formen dieser Verschiebung sind so recht charakteristisch für die
 Machtkämpfe, die sich unter den äußeren Formen des russischen
 Scheinkonstitutionalismus vorbereiten. Zu derselben Zeit, wo sich
 in den breiten Massen des Proletariats deutliche Anzeichen einer
 Mobilisation der revolutionären Kräfte bemerkbar machen und der
 politische Barometer der Gesellschaft, die Studentenschaft, eine
 steigende Tendenz aufweist; zu derselben Zeit, wo selbst die
 zahlungsfähige Bourgeoisie im Mittelpunkt des Oktobristismus, in
 Moskau, immer weiter von der „führenden“ Oktobristenpartei ab-
 rückt und, wenn auch zögernd und schwankend, eine oppositionelle
 Stellung einnimmt — findet die Mißgeburt vom 16. Juni 1907,
 die dritte Duma, in ihrer Mehrheit nur den Mut, eine
 oppositionelle Geste zu riskieren und zeigt gleich nach der Annahme

der Stolypin-Interpellationen durch die Wahl Robsjankos zum
 Dumapräsidenten, daß sie zu einer Verständigung mit
 Stolypin bereit sei.

Dieser verhält sich aber gar nicht, von den ihm gemachten Kon-
 zessionsgebrauch zu machen. Er kennt seine Oktobristen und
 weiß, daß sie eher bereit sind, ihre Partei, ihr Programm, die
 „Verfassung“ preiszugeben, als einen ersten Konflikt mit der
 Regierung zu riskieren. Er ignoriert darum die Mißbilligung
 der Duma und schiebt die Beantwortung der Interpellation —
 trotz der vollkommen klaren Sachlage — bis auf den letzten Tag der
 gesetzlich zulässigen Frist hinaus.

Anderes verhält er sich zu dem Reichsrat. Vor dieser
 Kammer, die zur Hälfte aus ernannten Mitgliedern, Angehörigen der
 hohen Bureaukratie, zur Hälfte aus Vertretern des Adels, der Geis-
 lichkeit, der Börsenkomitees und der Universtitäten besteht und
 berufen ist, der Regierung in ihrem Kampfe gegen die Duma als
 Rückhalt zu dienen, — vor dieser Versammlung sah Stolypin sich
 gezwungen, einige Tage nach der Annahme der Interpellation mit
 Erklärungen hervorzutreten. Das Ergebnis war für ihn ein
 niederschmetterndes. Wo er bisher fast immer den enthusiastischen
 Beifall der Wehrheit anlöste, stieß er jetzt auf eisiges
 Schweigen, auf eine scharfe Kritik aus der rechten wie auf der linken
 Seite des Hauses. Die seine Argumente von den Rednern der
 Linken, unter denen sich diesmal Professor Maxim K o w a l e w s k y
 und Professor G r i m m besonders hervortaten, einer vernichtenden
 Kritik unterworfen wurden, war nicht neu. Ein Novum bildete es
 aber in dieser Kammer der Volkserhebung, daß selbst Redner der
 Rechten, wie Graf D i s s u f j e w, von dem Ministerpräsidenten
 die strikte Einhaltung des Gesetzes verlangten, und daß wieder der
 Appell Stolypins an die Staatsraison und den Monarchismus,
 noch die Verteidigung der jetzt inaugurierten permanenten
 Staatsrechtspraxis durch den Justizminister S e t s c h e g l o w i t o w seine
 Position besterte. Mit 99 Stimmen gegen 53, d. h. mit derselben
 Stimmenmehrheit wie bei der Annahme der Interpellation, wurde
 ein Uebergang zur Tagesordnung angenommen, wonach die in der
 Interpellation enthaltenen Behauptungen — auch die Erklärungen des
 Ministerpräsidenten als „nicht erfüllt“ bezeichnet wurden. Die
 Quittierung dieser Abstimmung ist, daß die hohe Bureaukratie und
 die Vertreter der privilegierten Klassen, die so viel Ungefährlichkeiten
 und Gewalttaten sanktionierten, Stolypin ihr Mißtrauen aus-
 gedrückt haben.

Wir übersehen nicht die Bedeutung dieses Mißtrauensvotums.
 Die überwältigende Mehrheit des Reichsrates und in erster Linie
 die ernannten Mitglieder desselben, von denen viele noch offen-
 herzigere Reaktionen als Stolypin sind, sind nicht zur Verteidigung
 des Volkes und des „Gesetzes“ hervorgetreten, sondern zur Ver-
 teidigung ihres politischen Einflusses, ihrer Bedeutung in der
 Gesetzgebung und Verwaltung. Die rücksichtslose Mahregelung
 zweier Reichsratsmitglieder und die Degradierung des Reichsrats
 zu einer weit untergeordneten Instanz als in der vor-
 konstitutionellen Periode, rief bei den Bureaukraten der oberen
 Kammer naturgemäß einen heftigeren Widerstand hervor, als
 bei den Lakaien Stolypins in der Duma, denen es meist um die
 Däpierung der Wähler zu tun ist. Mit dieser Wendung können vor
 allem diejenigen zufrieden sein, die stets darauf hinwiesen, daß das
 heutige Regime in Rußland — der nur notdürftig verhällte Absoluti-
 mus einer Oligarchengruppe, die sich auf den Feudaladel und die
 Großbourgeoisie stützt — notwendigerweise Erschütterungen herauf-
 beschwören müsse, die die inneren Widersprüche dieses Regimes aufdecken
 würden. Die russische Arbeiterklasse, deren parlamentarische Vertreter,
 die Sozialdemokraten, unermüdet den wahren Charakter der russi-
 schen „Verfassung“ aufdeckten, kann den kommenden Ereignissen mit
 Genugtuung entgegensehen. In der Atmosphäre des wütenden
 Kampfes zwischen den Verbündeten vom 16. Juni bei der gesteigerten
 politischen Erregung und Unzufriedenheit der Gesellschaft wird ihre
 Organisationsarbeit beschleunigt werden und ihre Bewegung leichter
 und erfolgreicher verlaufen. Ob Stolypin bleibt oder schließlich doch
 in der Verfertigung verschwindet — das Eis der bisherigen Reaktions-
 periode ist gebrochen, die Ereignisse entwickeln sich mit größerer
 Schnelligkeit.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. April 1911.

Staatsbehaltende Intriganten.

Für uns als den lachenden Dritten ist es höchst inter-
 essant, zu beobachten, wie in den Kreisen der „Edelsten und
 Besten“ intrigiert, gefälscht und — geschwindelt wird,
 um einen unbeliebten Minister zu Fall zu bringen,
 und dafür einen anderen an seinen Platz zu schieben, von
 dem man annimmt, daß er sich gegen die eigensüchtigen
 Wünsche dieser und jener „staatsbehaltenden“ Clique
 mehr entgegenkommend zeigen wird.

Zurzeit wird wieder mal gegen den Staatssekretär
 Delbrück intrigiert und mit allerlei Zinnesen die Nachricht verbreitet,
 daß er gehen müsse, da „infolge der von ihm bewiesenen Unfähig-
 keit bei der Behandlung der elsaß-lothringischen Verfassungs-
 frage seine Stellung ganz unhaltbar geworden sei. Der Haupt-
 macher bei diesem neuesten Ministersturz ist Hr. v. Jedlik-Neu-
 kirch, der Manager der freikonservativen scharfmacherischen Schlot-
 barone. Die „Deutsche Tagesztg.“, die seit einiger Zeit den
 Herrn v. Jedlik wegen verschiedener Quertreibereien aufs
 ärgste beiseindet, erteilt deshalb dem freikonservativen Staats-
 retter folgende schöne Ohrfeigen:

„In der Presse findet zurzeit eine Erörterung darüber statt,
 ob nicht die Stellung des Staatssekretärs Delbrück durch den

Verlauf der Reichstagsverhandlungen über die elfah-lothringische Verfassungsreform gefährdet ist. Angekündigt wurde diese Erweiterung durch einen Artikel des Abgeordneten Freiherrn von Zedlitz im „Tag“. Wir haben keinen Anlaß gefunden, darauf einzugehen; denn die Sachlichkeit und Ernsthaftigkeit dieses kaum mehr verstandenen Angriffes auf den Staatssekretär kennzeichnet sich beispielweise schon durch die Behauptung, bei Herrn Delbrück „spure“ scheinbar, „der Geist der Konzessionsneigung auf Kosten der Sachlichkeit Posaunistischen Angebens“. Der Wert dieser Behauptung wird in das richtige Licht gerückt, wenn man sich erinnert, daß Herr v. Zedlitz seinerzeit bei den Angriffen gegen die Stellung des Grafen Pofadowski wohl der eifrigste am Werke gewesen ist; und die Konzessionsneigung hat in dieser Frage doch sicher nicht nur bei dem Staatssekretär Delbrück bestanden.

Wir sind ganz damit einverstanden, wenn Herr v. Zedlitz mit Ohrfeigen traktiert wird; aber die Gegenseite verdient sie nicht minder. Wir hoffen deshalb, daß Herr v. Zedlitz sich demnächst rebanchiert und sich Herrn Dertel vornimmt.

Der Freisinn und die Wahlkreiseinteilung.

In dem demokratischen Wochenblatt „Das freie Volk“ veröffentlicht Professor Dr. G. Wendt, der früher dem linken Flügel der Fortschrittspartei angehörte, folgende interessante Erinnerung aus den Tagen des großen Eugen Richter:

„Ich war eben (1881) in den Reichstag gewählt und als Demokrat der Fortschrittspartei beigetreten. Unter den Initiationsanträgen befand sich ein sozialdemokratischer auf andere Abgrenzung der Wahlkreise. Bei der Fraktionsbesprechung schien es den jüngeren, eben erst gewählten Mitgliedern selbstverständlich, daß der sozialdemokratische Antrag zu unterstützen sei. Der (noch lebende) Abgeordnete G. begründete diesen Standpunkt kurz und treffend. Da griff Eugen Richter in die Debatte. „Laktisch unklar“, „kommt nur der Sozialdemokratie zu gute“. „Wir haben keine Veranlassung, den Sozialdemokraten Vorspann zu leisten.“ — Also Ablehnung! Dem aber wurde das Referat gegen den Antrag zugewendet? Herr G., der annahm und trefflich mit „war“ — „aber“ jonglierte, ohne natürlich den wahren Grund dagegen anzudeuten.

Wiederholung des Verfahrens 1884 bei der berühmten „Abkommänderung“. — Wir wagte man wenigstens den ominösen Brief nicht zu schicken. Herr G. zeigte ihn mir. Unterschrift natürlich nicht Eugen Richter, sondern Hugo Hermes.

Schale — demokratisch; Kern — nationalliberal! Das Bürgertum heute wie damals. Damit soll eine christliche Demokratie patieren!

Auch heute gibt es unter den Größen der Fortschrittlichen Volkspartei nicht wenige, deren eigenartiger Demokratismus immer nur soweit reicht, als es das Parteinteresse gestattet.

Die heftige Wahlrechtsvorlage.

Wie telegraphisch aus Darmstadt gemeldet wird, beschloß der Wahlrechtsausschuß der Ersten Kammer in der heutigen Sitzung, bezüglich der noch bestehenden Unstimmigkeiten bei der Wahlrechtsvorlage den Beschlüssen der Zweiten Kammer in allen Punkten beizutreten. Damit ist die Annahme der Wahlrechtsvorlage endgültig gesichert.

Liberaler und Zentrum gegen die Sozialdemokratie in Baden.

Aus Baden wird uns geschrieben: Was man nach den Großblödwahlen im Oktober 1900 und nach der Arbeitsgemeinschaft, welche zwischen Liberalen und unseren Genossen in der letzten Landtagsession bestanden und zu den beständigen Auseinandersetzungen auf dem Magdeburger Parteitage geführt hat, nicht für möglich halten sollte, scheint sich in Baden nun doch verwirklichen zu sollen: nämlich ein Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie, um dieser das Pforzheimer Mandat zu entreißen. Um das gesteckte gemeinsame Ziel, die Schwächung der Sozialdemokratie, zu erreichen, sind Nationalliberale und Zentrum, wie jetzt halbparteiöffentlich bekannt wird, miteinander in Verhandlungen getreten — und sie haben sich auf die Kandidatur des früheren Gouverneurs von Schwaben, Leutwein, welcher jetzt seinen Wohnsitz in Ueberlingen am Bodensee hat, geeinigt. Man glaubt in Leutwein deshalb eine zugkräftige Persönlichkeit gefunden zu haben, weil er aus dem Kreise stammt. Sein Vater war evangelischer Pfarrer in Jittingen. Der „Badische Beobachter“, das führende Zentrumsorgan erklärt ganz offen: „Für den unterrichteten Politiker kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, wie sich das Zentrum zu einer Kandidatur Leutwein stellen würde, falls dieselbe für den Wahlkreis Pforzheimer-Durlach zustande käme.“

Das Blatt meint allerdings, daß das Zustandekommen noch zweifelhaft sei; es hofft aber, daß die Wandlung über die politischen Zeichen der derzeitigen nationalliberalen Führer hinweg sich vollziehen werde. Das heißt, daß die nationalliberalen Vertreter des Großblödgedankens abgesetzt und der Großblock schon in der im nächsten Herbst beginnenden Landtagsession gesprengt werde. Damit wäre die Bahn frei, auch bei den in zwei Jahren stattfindenden Landtagswahlen gemeinsam gegen die Sozialdemokraten vorzugehen.

Unser Mannheimer Parteiblatt meint zu dem nationalliberal-kerikal-konservativen Wahlkompromiß:

Der Umstand, daß die kerikale Presse die Dinge, wie sie sich in Pforzheimer-Durlach zu entwickeln scheinen, mit nur sehr leicht unterdrückter Freude begrüßt, sollte den Liberalen zeigen, wohin die Reise geht. Sehen wir zu, wie sie sich weiter verhalten! Wir können ihren Entschcheidungen in aller Gemütsruhe und ohne jede Nervosität entgegensehen. Wäre der Nachteil einer Veränderung in der Konstellation der Parteien doch auf liberaler, nicht auf unserer Seite.

Der Kreis Pforzheimer-Durlach gab am 25. Januar 1907 (1. Wahlgang) für den Genossen Eichhorn 15 888, für den Nationalliberalen Wittum 12 808, für Helfer (Z.) 6902 Stimmen ab; in der Stichwahl siegte dann Eichhorn bei einer Wahlbeteiligung von 82,6 Proz. mit 17 087 gegen 14 764 liberale Stimmen. Diesmal kandidiert unsererseits an Stelle Eichhorns bekanntlich Parteisekretär Zriak-Karlsruhe.

Die geplante Bilanzverschleierung.

Auch die „Köln. Jtg.“ bestätigt in einer telegraphischen Meldung aus Berlin, daß in gewissen sogenannten „maßgebenden“ Kreisen die Absicht besteht, nach dem jetzigen Reichstage im Spätherbst den Reichshaushaltsplan für 1912 vorzulegen. Sie schreibt:

„Zu den verschiedenen Nachrichten über den Zeitpunkt, an dem der Reichstag sein Lebensende erreichen soll, ist zu bemerken, daß feste Beschlüsse noch nicht gefaßt sind; dagegen scheinen die maßgebenden Regierungskreise immer mehr der Abhaltung einer

Herbstsession zugunsten, um dieser noch das Budget für 1912 vorlegen zu können. Die Wahlen würden in diesem Falle erst im Jahre 1912 vorzunehmen sein. Die Ansichten über den Zeitpunkt, an dem der Reichstag zu verabschieden sei, haben mehrfach geschwankt, und so ist es auch nicht ausgeschlossen, daß eine abermalige Veränderung eintreten könnte. Was hauptsächlich gegen eine noch unter Umständen bis in den Januar hinziehende Herbstsession spricht, ist das sehr ernste Bedenken, ob der Reichstag dann überhaupt noch arbeitsfähig sein wird. Wenn heute schon die Vorarbeiten für die Wahlen ihren Schatten auf den Reichstag werfen, so wird das noch mehr im Herbst der Fall sein, da man dann mitten in der Wahlkandidatur stehen wird. Der absterbende Reichstag wird für die Abgeordneten kein sonderliches Interesse mehr haben, und die Herren werden vermutlich nicht nur im Geiste, sondern auch körperlich mehr in ihren Wahlkreisen sein als in Berlin. Daß aber unter solchen Umständen nützliche Arbeit geleistet werden kann, scheint recht fraglich.“

Seltene Schwärmer.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat entschieden vererbte Neigungen. Sie schwärmt nicht nur fadisch für die Prügelstrafe, sondern verrät auch mafosistische Gelüste. Die Abstrahlung für das kindische Gerede über den Eiat, die wir ihr ja wiederholt zuteil werden ließen, genügt ihr noch nicht. So geht Herr Dertel wie dem Handwerksburschen im „Haust“, dem sein Kollege warnend zu ruft: „Du überläufiger Gesell, juck dich zum drittenmal das Fell?“

Unsere Bemerkung, daß das agrarisch dreiste Ansinnen, dem Reichstag für seine Herbstsession bereits die Veranlassung des Eats für das Jahr 1912 zuzumuten, wohl der Absicht entspringe, das Haus mit einem frischeren Eiat zu überumpeln, entlockt dem Dertelblatt die geistvolle Antwort, daß der „Vorwärts“ als Eiatkritiker wohl einen „Freirechtler“ beschäufte. Im übrigen aber sollte der „Vorwärts“ doch genug haben an dem „Hereinfall“, den er bei seiner diesjährigen Eiatkritik erlebt habe. Sollte Herr Dertel es wirklich schon vergessen haben, daß der Hereinfall ganz auf der Seite der „Deutschen Tageszeitung“ gewesen ist? Oder hat die Deutsche Tageszeitung gegenüber unserer Feststellung, daß im Eiat für 1911 mit der Schuldentilgung von 80,6 Millionen Mark der faulste Janber getrieben worden ist, auch nur ein vernünftiges Wort entgegengesprochen? Mit der famosen „Schuldentilgung“, die dann zur Verminderung des neuen Anleihebedarfs verwendet wurde! Das Agrarorgan erklärte dies Verfahren bekanntlich für völlig normal und ganz selbstverständlich, während doch die amtliche Erläuterung zu dem Eiatgesetz selbst die Bemerkung enthielt, daß erst durch die Fassung des Eiatgesetzes für 1911 „außer Zweifel gestellt“ würde, daß der für die Schuldentilgung bestimmte Betrag auch anderweitig verwendet werden könne!

Die „Deutsche Tageszeitung“ ahnt offenbar gar nicht, daß sie dadurch, daß sie diesen Totschenspielertrick für etwas ganz Selbstverständliches und Normales ansah, das faulste Jugendbildnis machte, daß dann die ganzen Schuldentilgungsbestimmungen der glorreichen Reichsfinanzreform des Schanapsbods von vorn herein auf plumpestem Schwindel angelegt waren! Ein Blatt aber, das eine oberflächliche Saage mit Ausreden vertreibt, die die Geschäfte womöglich noch schlimmer machen, sollte doch so vorsichtig sein, eine so kitzliche und für sich blamable Affäre lieber auf sich beruhen zu lassen! Immerhin, wenn die Prügelstrafe des Agrarierorgans das Fell gar zu sehr juckt, kann es ihnen gern gestriegelt werden.

Agrarischer Prozentpatriotismus.

Die im Reichstag sitzenden Agrarier veräumen keine Gelegenheit, sich und ihre Gefinnungsfreunde bei den Reichsbehörden als Lieferanten in empfehlende Erinnerung zu bringen. Ganz besonders ist es das Kriegsministerium, dem fortgesetzt nahegelegt wird, die Fourage direkt bei den Produzenten zu kaufen. Dem fortwährenden Drängen nachgebend hat die Heeresverwaltung den agrarischen Wünschen Rechnung getragen und ist dabei böß hineingefallen. Die biederen Agrarier haben nämlich vielfach geradezu unerschämte Forderungen gestellt. „Der Staat kann zahlen“, meinten sie unter sich. Mit Rücksicht auf den Einfluß, den die Agrarier in „hohen“ und „höchsten“ Kreisen haben, schien es allerdings der Heeresverwaltung angezeigt, nicht allzu viel über die erlittene agrarische Schwärzung zu sagen. Gegenwärtig scheinen nun aber die Probianämter — offenbar auf höhere Weisung hin — einen anderen Weg einzuschlagen. Sie wenden sich nämlich an die Gemeindevorsteher mit dem Ersuchen, geeignete Personen namhaft zu machen, die die Heeresverwaltung als Vermittler bei Einkäufen verwenden kann. Daß solche Leute nachgewiesen werden, steht außer jedem Zweifel, aber diese Vertrauensmänner werden in den meisten Fällen stramme Vöndler sein, die weniger den Vorteil der Heeresverwaltung als vielmehr das Profitinteresse ihrer agrarischen Freunde im Auge haben. Die Heeresverwaltung wird auf diese Weise nicht bloß nichts ersparen, sondern vermutlich noch mehr ausgeben müssen. Anders kann es nur dann werden, wenn sich die einzelnen in Betracht kommenden Reichsdämter entschließen, den unüberstörten Forderungen der Agrarier ein bestimmtes Nein entgegenzusetzen.

Goch die liberale Einigung!

Unter den Freisinnigen wie den Nationalliberalen gibt es nicht wenige Anhänger, die den Wahlabmachungen zwischen den Generalschülern beider Parteien mit recht gemischten Gefühlen zuschauen. Die einen, weil sie eigentlich verkappte Konservativen sind; die anderen, weil sie eine Schwächung der sogenannten freisinnigen Grundsätze befürchten. Diesen Querfragen wird in der „Voss. Jtg.“ nachdrücklich der Text gelesen. Eine Zerstückelung der Liberalen sei eine Verflüchtigung am Liberalismus, niemand denke an eine Verschmelzung der Fortschrittlichen Volkspartei mit den Nationalliberalen. Aber man müsse Wassermanns Mahnung beherzigen, daß die Zeit vorüber sei, in der sich die Liberalen den Luxus von Gegenkandidaturen gestatten konnten. Immer weiteren Kreisen habe sich die Ueberzeugung aufgedrängt, daß „nur ein im Wahlkampf einig Schulten an Schulten austretender Liberalismus“ insstande sei. Vermittlung Forderung: „Das liberale Bürgerium in Stadt und Land, die liberalen Anschauungen haben einen Anspruch auf größere Geltung, als sie zurzeit besitzen“, zu erfüllen. Schon jetzt sei für die nächsten Wahlen für Dippel, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Hannover, für Bayern, Württemberg und Baden, für Mecklenburg und Thüringen „eine einheitliche Schlachtlinie aller Liberalen“ hergestellt. Aber in Westfalen und Schleswig-Holstein, in Hessen und Oldenburg und noch in manchen anderen Gebieten erhoben auch heute noch liberale Männer die Waffen gegeneinander, anstatt gegen die gemeinsamen Feinde. Von den 49 Wahlkreisen, die gegenwärtig die Fortschrittliche Volkspartei im Reichstage vertritt, hätten mit Einschluß von Berlin nur 27 eine Zusicherung nationalliberaler Wahlhilfe im nächsten Wahlkampf erhalten. Trotzdem hätten die Gegner kein Recht, die Bedeutung der bisher abgeschlossenen liberalen Wahlabkommen gering zu schätzen. Der Spott über die Wahlabmachungen zwischen Fortschrittlichen und Nationalliberalen finde seine allerdings recht verständliche Erklärung in der Furcht, daß bis zum Tage der Wahl noch in weiteren Gebieten eine Verflüchtigung der Liberalen erfolge.

Dyber der elfah-lothringischen Verfassungsreform.

Wie der Straßburger Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ von wohlinformierter Seite erfährt, wird für den Fall eines

Scheiterns der elfah-lothringischen Verfassungsvorlage der Staatshalter Graf v. Wedel von seinem Posten zurücktreten, während andererseits berichtet wird, daß Staatssekretär Born v. Dulach nur das Zustandekommen des Entwurfs abwartet, um sich dann ins Privatleben zurückzuziehen.

Unterstaatssekretär Wandel ist bekanntlich auch amtsüde. Er hat es mit dem Zentrum verbunden.

Konservativer Wahlkniff.

Die Konservativen haben im Wahlkreise Remel-Gehdeburg, der von 1867—1893 in ihrem Besitz war, auf einen eigenen Kandidaten verzichtet und dafür den litauischen Gutsbesitzer Strelch aufgestellt. Der gegenwärtige Vertreter des Kreises, der nationalliberale Abgeordnete Schwabach bezeichnet sich auch als Kandidat der Litauer. Bei den in den ländlichen Distrikten Dippelens üblichen Wahlriten kommt es natürlich in der Hauptsache darauf an, wer von den Kandidaten die meisten Beträge durch seine Wahlhelfer zum Besten geben läßt. Die Konservativen hoffen natürlich, durch diesen Kniff den Abgeordneten Schwabach aus dem Sattel zu heben.

Die hohen Fleischpreise müssen dem Volke erhalten bleiben.

Auf Anregung des Stadtrats in Karlsruhe hatte die badische Regierung beim Bundesrat den Antrag auf einstweilige Aushebung der bestehenden Vorschriften über die Quarantäne der aus Dänemark eingeführten Schlachtrinder gestellt. Dazu teilt die amtliche „Karlsruher Zeitung“ nun mit:

„Der Bundesrat hat diesen Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Weiter hat er abgelehnt die Quarantänefreie Zulassung von Schlachtrindern aus Schweden und Norwegen. Einen Antrag Preußens entsprechend will der Bundesrat vom 1. Juli 1911 ab eine teilweise Erleichterung der Einfuhr von dänischem Vieh dadurch eintreten lassen, daß die Tuberkulinsimpfung abgelehnt wird und an ihre Stelle das klinische Untersuchungsverfahren tritt. Die badische Regierung hat ferner beantragt, die Einfuhr von argentinischem Schmalz zu gestatten. Der Reichsanwalt hat jedoch seine Zustimmung zur Aushebung des seit 1894 bestehenden Verbotes der Vieheinfuhr aus Argentinien nicht erteilt.“

Oesterreich.

Wahlvorbereitungen.

Am Mittwoch fand im Parteihause in Wien die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokraten statt. Alle Landes- und Kreisorganisationen hatten Delegierte entsendet. Die Vertrauensmänner erläuterten Bericht über die Aufstellung der Kandidaten und über die Bedingungen für den Wahlkampf in den einzelnen Wahlkreisen. Die Kandidatenliste ist bis auf einige wenige Bezirke festgestellt und wurde von der Konferenz endgültig bestätigt. In allen Wahlkreisen haben auch die technischen Vorarbeiten für die Wahl bereits ihren Anfang genommen und mit dem 1. Mai wird mit voller Kraft in die Wahlkandidatur eingetreten werden. Das Bild, das die Vertrauensmänner von der Stimmung der Arbeiterschaft entwarfen, gibt die Gewißheit, daß überall mit der größten Energie und Kampfesfreude an die Wahlarbeit gegangen wird.

Frankreich.

Die Gesellschaften gegen die Eisenbahner.

Paris, 21. April. „Echo de Paris“ will wissen, daß die Eisenbahngesellschaften der vom Minister der öffentlichen Arbeiten an sie gerichteten Aufforderung nicht entsprechen und keinerlei weitere Wiedereinstellung entlassener Eisenbahner vornehmen werden. Diesen Beschluß hätten die Direktoren der verschiedenen Bahngesellschaften am letzten Sonnabend nach der Kammer Sitzung, in der die Kammer den drohenden Erklärungen des Ministerpräsidenten und des Arbeitsministers zustimmte, gemeinsam gefaßt.

„Unregelmäßigkeiten.“

Paris, 21. April. In bezug auf die von einem radikalistischen Blatte veröffentlichten Berichte, monach auch im Kriegsministerium finanzielle Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden seien, erklärt das Kriegsministerium in einer amtlichen Note: Im Laufe der Budgetdebatte haben mehrere Deputierte auf Unregelmäßigkeiten hingewiesen, die bei Ausführung verschiedener nachträglicher Arbeiten begangen worden seien. Der Kriegsminister hat sofort die Ueberprüfung der Ausgaben angeordnet. Es handelt sich übrigens nicht um Veruntreuungen, sondern lediglich um unbedeutende, wenn auch aufsehenerregende Wert der geleisteten Arbeiten übersteigende Zuwendungen.

Türkei.

Kämpfe in Albanien.

Saloniki, 21. April. Die amtlich gemeldet wird, kam es gestern im Gebiete von Tuzi zu heftigen Kämpfen. Mehrere Truppenabteilungen wurden völlig umzingelt und konnten nur mit größter Anstrengung befreit werden. Zwei Kompanien gerieten in einen Hinterhalt und verloren 12 Tote und mehrere Verwundete; schließlich gelang es ihnen aber, die Armenen zurückzutreiben.

China.

Die revolutionäre Bewegung.

Peking, 20. April. Hier sind seit Montag etwa sechzig Personen verhaftet worden, die revolutionärer Umtriebe verdächtig sind. Mehrere von den Verhafteten haben mit Ausländern in Verbindung gestanden.

Amerika.

Wirtschaftlicher Terror.

New York, 21. April. Der Staatstrust legt ein großes Werk in Couey (Alabama) still, das zum Wahlkreise des Repräsentanten Underwood gehört. Die Demokraten glauben, dies geschehe, um einen Druck auf Underwood zur Abänderung seiner Vorschläge für den Zolltarif auszuüben. Underwood beantragt nämlich, die Zölle auf Stahlprodukte zu beseitigen.

Mexiko.

Die Interventionsfrage.

Washington, 20. April. Von maßgebender Seite wird erklärt, Präsident Taft habe endgültige Versicherungen von Seiten Mexikos erhalten, daß die Kämpfe an der Grenze eingeschränkt werden sollen. Der Inhalt der Antwort Mexikos auf die amerikanische Note sei im wesentlichen befriedigend. Präsident Taft befürchte nicht, daß sich Veranlassung zu einem Eingreifen der Vereinigten Staaten bieten werde.

Taft hatte sodann mit Staatssekretär Knox und mehreren Kongreßmitgliedern, darunter einigen Angehörigen der Repräsentantenhauskommission für auswärtige Angelegenheiten, eine Besprechung über die Lage an der mexikanischen Grenze. Es heißt, der Präsident habe in dieser Unterredung erklärt, man müsse sich, da die Gesetze sich in der Nähe der amerikanischen Grenze abschleppen, auf Schwierigkeiten gefaßt machen; aber zum Kriegsführen gehörten zwei. Er sei über-

zeugt, daß Mexiko sein äußerstes tun werde, um an der Grenze eine zurückhaltende Politik zu beobachten, und er fürchte nicht, daß sich irgend ein Anlaß für eine Intervention, eine Vermittlung irgendeiner Art oder eine Einmischung in die Angelegenheiten Mexikos ergeben werde. Das Kongreßmitglied Sulzer äußerte sich, als er nach Beendigung der Konferenz das Weiße Haus verließ, dahin, man sei übereingekommen, so zu handeln, daß eine Invasion oder eine Intervention der Vereinigten Staaten in die mexikanischen Angelegenheiten vermieden werde.

Der Angriff auf Juárez.

New York, 20. April. Die „Associated Press“ meldet aus El Paso: Naderos benachrichtigte die ausländischen Konsule in Juárez, daß er Juárez wahrscheinlich um Mitternacht angreifen werde.

Gomez, der hiesige Vertreter Naderos, sandte an diesen ein Telegramm, in welchem er abtrat, Juárez jetzt anzugreifen. Er halte es unbedingt für notwendig, weitere internationale Verwicklungen zu verhüten.

Ein Ultimatum Naderos.

New York, 21. April. Nach einem Telegramm aus El Paso gab Naderos bekannt, daß, wenn er nicht die Zustimmung von dem Rücktritt von Diaz und der Räumung von Juárez erhalte, er am Freitag nachmittag Juárez angreifen würde. Der Befehlshaber der Bundesstruppen erklärt, sich nicht ergeben zu wollen.

Französischer Parteitag.

4. Tag.

St. Quentin, 10. April. (Fig. Ver.)

In der Morgensitzung beginnt die Verhandlung über die Organisation der

„Humanité“.

Sie verläuft im ganzen sachlich und würdig. Bekanntlich ist von einem Teil der Parteigenossen beantragt worden, an die Stelle des einzigen politischen Direktors ein dreigliedriges Direktorium zu setzen, das die verschiedenen Tendenzen repräsentieren sollte und für das Jaurès, Guesde und Vaillant vorgesehene waren. Alle Redaktoren dieses Antrages erkannten die großen Leistungen und die Unentbehrlichkeit Jaurès an und verwahrten sich gegen die Darstellung, als ob es sich ihnen darum handelte, Jaurès auszuscheiden. Als Lafargue der Sympathie und Verehrung der ganzen Partei für Jaurès Ausdruck gab, brachte der Parteitag diesem eine stürmische Ovation dar. Die Verteidiger des Antrages bemühten sich, die Möglichkeit und Nützlichkeit eines Direktoriums nachzuweisen. Sie beriefen sich auf schwere Unterlassungen der „Humanité“, wie ihr Schweigen über den Fall Vissolati und meinten, Jaurès selbst würde manchmal ein Vorteil daraus erwachsen, sich keine Stellungnahme abzwängen zu müssen. Interessant war die Mitteilung Lafargues, daß sich Hervé ihm gegenüber bereit erklärt habe, für die „Humanité“ Artikel mit humanistischer antiparlamentarischer und antipatriotischer Tendenz und im Sinne der Beschlüsse der nationalen und internationalen Kongresse zu schreiben. Lafargue beklagte, daß die „Humanité“ das Organ einer bestimmten Tendenz innerhalb der Partei sei, erklärt sich aber schließlich aus Verehrung für Jaurès bereit, den status quo anzunehmen.

Jaurès meint, es sei selbstverständlich, daß man den verschiedenen Tendenzen Rechnung trage. Ein Direktorium von mehreren Köpfen aber würde nur bewirken, daß niemand die richtige Verantwortung und niemand die eigentliche Leitung hätte, dagegen erklärt er sich gerne bereit, die Vorschläge anzunehmen, die ihm z. B. der zu einem Redaktionsrat erweiterte Verwaltungsrat geben würde.

Renouel führt aus, daß die „Humanité“ seit drei Jahren de facto das Organ der Partei sei. Im Verwaltungsrat hat die Partei die Mehrheit, in der Verwaltungskommission 10 von 19 Stimmen. Zu dem 50 000 Fr. Aktienbesitz und den 27 000 Fr., die von den ausländischen, besonders der deutschen Partei kommen, kommen die zurückgelassenen 53 000 Fr. des Herrn Kosnoblet. Mit einem vielköpfigen Direktorium kann man keine gute Zeitung machen. Man hat an die hervorragenden Genossen aller Richtungen appelliert, Zeitartikel zu schreiben. Guesde und Vaillant haben abgelehnt.

Während dieser Rede kommt es zu einer furchtbaren Sturmrede. Renouel hat einen Artikel Rappoport aus dem „Socialisme“ zitiert, worin dieser von der „Kämpfer“ der „Humanité“ spricht. Aufgefordert, zu präzisieren, nennt Rappoport Levy-Brühl, einen der ersten großen Geldgeber der „Humanité“ bei ihrer Gründung, und meint, Levy-Brühls Stellung — er ist Professor an der Sorbonne — lasse nicht auf so günstige Vermögensverhältnisse schließen. Jaurès stellt fest, daß Levy-Brühl ein ungenügender Idealist und organisierter Parteigenosse ist. Gracé erklärt, daß er und seine Freunde die Verantwortung für Rappoport Artikel nach der von diesem gegebenen Interpretation ablehnen und der Guesdisten Meyers bezeugt als ehemaliger Schüler Levy-Brühls Gesinnungshöhe. Die Versammlung weigert sich, Rappoport weiter anzuhören und dieser muß unter ungeheurem Lärm die Tribüne verlassen.

Resolutionen.

Die Resolutionskommission hat der Resolution Vaillant über die Municipalpolitik folgende Einleitung vorangestellt:

Der von der Partei für die Eroberung der Stadthäuser geführte Kampf ist nur ein Teil des von der Arbeiterklasse geführten Kampfes. Die vollständige Befreiung der Arbeiterklasse ist nur durch die Eroberung der politischen Macht und die allgemeine Umwandlung des kapitalistischen Eigentums in soziales möglich.

Die Sozialisten können durch ihre Aktion in den Gemeinden, indem sie die Mittelstellen des Proletariats verfestigen, die Kraft seiner Forderungen und des Kampfes gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat erhöhen.

Die Resolution Vaillant wird mit diesen Einleitungsätzen angenommen. Ebenso wird das von Weber vorgelegte Kommunalprogramm im Prinzip angenommen und zur Umwidmung an die mit seiner Ausarbeitung beauftragte Kommission zurückgeliefert.

Zur Wahlakt bei den Gemeindevahlen liegen drei Anträge vor. Die Aufrechterhaltung aller Kandidaturen im zweiten Wahlgang wird mit 376 gegen 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die Mehrheit der Seine-Föderation beantragt das allgemeine Verbot der Koalitionen im ersten Wahlgang und die allgemeine Zurückziehung der Parteikandidaturen im zweiten, sobald der Erfolg nicht gesichert ist. Der erste Teil dieser Resolution wird mit 291 gegen 103 Stimmen abgelehnt und die Resolution der Kommission angenommen. Der zweite Teil der Seine-Resolution wird mit 320 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Zehn Delegierte üben Stimmenthaltung.

Die Resolution der Kommission verpflichtet die Kandidaten, das Parteimanifest anzuschlagen, in den Versammlungen die sozialistischen Prinzipien und ihre Anwendung in der Gemeinde auseinanderzusetzen und sich zur Beobachtung der Parteiprinzipien und der Kongreßbeschlüsse zu verpflichten.

Was die Koalitionen anlangt, so erinnert die Resolution an den Pariser Beschluß von 1900, der jede Allianz mit der Kapitalistenklasse verbietet und nur in dringenden Ausnahmefällen Koalitionen ohne Konfusion des Programms und der Taktik zuläßt. Die Resolution fordert die Sektionen auf, mit aller Macht anzustreben, im 1. Wahlgang mit den Rechten

der Partei allein zu kämpfen. Daraus bringenden, durch die Lokalpolitik gegebenen Ausnahmefällen gebotenen Koalitionen dürfen niemals für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Freiheiten gefährlich sein, noch den Interessen der Partei und der sozialen Republik widersprechen.

Für den zweiten Wahlgang wird bestimmt: Die Sektionen, die unter der Kontrolle der Föderationen und des Nationalrats Enten oder Rücktritte praktizieren, haben dies entsprechend den Motiven des Beschlusses von 1900 zu tun. Schließlich warnt die Resolution, das gute Prinzip des gesetzlichen Proporz durch eine freiwillige Anwendung zu kompromittieren.

Zwei Resolutionen, die ein spezielles allgemeines Verbot des Rücktritts zugunsten von „Unabhängigen“ fordern, werden abgelehnt. Der gleichlautende Beschluß von Chalou bleibt indes aufrecht.

Eine Resolution über den Rückkauf der Bahnen wird von Jaurès begründet. Sie lautet: Auf den von der Föderation Saboten gemachten Vorschlag bezüglich des allgemeinen Rückkaufs der Eisenbahnen gibt der Kongreß der Fraktion das Mandat, im Einvernehmen mit dem Parteivorstand zu untersuchen, unter welcher Form und unter welchen Bedingungen und mit welchen Mitteln die im Parteiprogramm stehende Rückergreifung des Monopols der Transportmittel im Interesse der Eisenbahner und des Publikums verwirklicht werden kann. — Die Resolution wird angenommen.

Dubrenilh legt die Resolution über die „Humanité“ vor. Sie besagt, daß der bisherige Verwaltungsrat auch die Funktionen eines Redaktionsrats erhält. Er besteht aus 13 Delegierten der Partei und je 3 der Gewerkschaften und Genossenschaften, die alljährlich zu wählen sind. Der Direktor wird vom Parteitag gewählt. Jaurès wird als Direktor bestätigt. — Angenommen.

Die Agrarfrage wird zum nächsten Kongreß vertagt. Der Parteitag beschließt eine allgemeine Annahme für die wegen politischer Streikvergehen Verurteilten und für Hervé speziell die Wiederzulassung zur Rechtsanwaltschaft zu fordern.

Nach der Neuwahl der Verwaltungskommission wird der Parteitag geschlossen.

Am Abend fand im Stadttheater eine von der Municipalität veranstaltete Festvorstellung statt, bei der neben vortrefflichen Kunstkräften auch die Kindergruppe der Genossenschaft „La Fraternelle“ mitwirkte.

Berichtigung. Im Text der gestern mitgeteilten Resolution Vaillant über das Kommunalprogramm muß es heißen: „unter Mitwirkung der gewerkschaftlich und genossenschaftlich (nicht politisch) organisierten Arbeiter“.

Aus der Partei.

Zur Weisfeier in Baden.

Man schreibt uns: Nach den Vorbereitungen zur Feier des 1. Mai steht bereits fest, daß eine Anzahl der badischen Organisationen zur alten Innstätte zurückkehren, die Weisfeier an einem Sonntag abzuhalten. Für etliche Maidemonstrationen ist bereits der letzte Sonntag des April festgelegt; andere Orte beabsichtigen, den 7. Mai für den internationalen Festtag auszuwählen. Den badischen Genossen wurde früher schon von dieser Stelle aus nahegelegt, daß die Feier des 1. Mai einen einheitlichen Charakter trägt, und daß man von einer Demonstration lieber absehen solle, wenn sie nur an einem anderen Tage, als am 1. Mai möglich ist.

Nach ein Maimzugsverbot.

Nach in Lübeck hat die Polizeibehörde den geplanten Maimzug durch die Straßen der Stadt verboten und zwar wie sie angibt, auf Grund des § 7 des Vereinsgesetzes. In der Begründung des Verbotes heißt es, daß aus der Veranstaltung des Maimzuges durch diese Straßen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten sei. Eine polizeiliche Absperrung der namentlich durch den Straßen- und Wagenverkehr stark in Anspruch genommenen Straßenzüge der inneren Stadt zugunsten eines politischen Demonstrationszuges könne nicht in Frage kommen. Von unseren Genossen war natürlich eine derartige polizeiliche Absperrung mit seinem Worte verlangt, sondern im Gegenteil die Stellung der nötigen Ordner aus den Kreisen der Arbeiterklasse angeboten worden. Die vorgeschlagene Gefährdung der öffentlichen Sicherheit wirkt um so eigenartiger, wenn man in Betracht zieht, daß die gleiche Polizeibehörde nichts dagegen einzuwenden hat, wenn patriotische oder andere Almbimvereine die gleichen Straßen Albeds in geschlossenem Zuge passieren. In der „demokratischen Republik“ an der Trade werden die Arbeiter eben genau so wie andertwärts mit anderem Maße gemessen als das Bürgertum.

Redaktionswechsel in Kopenhagens „Socialdemokraten“.

Genosse E. Winblad, der 30 Jahre lang Hauptredakteur des Zentralorgans der dänischen Sozialdemokratie war, ist von dieser Stellung mit dem 10. April zurückgetreten. Er hatte schon vor fünf Jahren den Wunsch dazu geäußert, wurde jedoch damals vom Kontrollkomitee und der Kontrahentenversammlung des Blattes veranlaßt, noch einige Jahre weiter im Amte zu bleiben. Als seinen Nachfolger hat die Kontrahentenversammlung den Genossen P. J. Worgbjerg gewählt, der schon eine lange Reihe von Jahren als ständiger Mitarbeiter in „Socialdemokraten“ Redaktion tätig ist.

Gegen Spaltungsgelüste in der italienischen Partei.

Rom, 18. April. (Fig. Ver.)

Die Haltung der italienischen Parlamentsfraktion während der Krise und das Vertrauensvotum für das Kabinett Giolitti hat die der revolutionären Richtung angehörenden Genossen von Forti bewogen, ihren Austritt aus der Partei zu erklären. Dieser Tendenz tritt das Zentralkomitee der revolutionären und intransigenten Fraktion in einem Communiqué entgegen, das dringend vor ähnlichen unbedachten Schritten warnt. In der Tat kann man, von den Erwägungen der numerischen Kräfteverhältnisse der beiden Richtungen auf dem sozialen Parteitag ganz abgesehen, der Sache des revolutionären Sozialismus gar nicht schlechter dienen als durch leichtfertiges Herausbeschwören einer Spaltung. Ueber die Disziplinverletzung der Fraktion ist der Parteitag Richter. Wer sich aus solchen Gründen außerhalb des Parteiverbandes stellt, schädigt gleichzeitig die Sache seiner Tendenz, die Sache der Partei und die des Proletariats.

Der 18. ungarische Parteitag

tagte Ostem im Budapest Stadthaus. Ein Tadelantrag gegen das Parteileitungsmittglied Garbai wegen Teilnahme an einer Deputation, die den Handelsminister — zu einem Orden beglückwünschte, wurde durch die Mitteilung erledigt, daß die Parteileitung diesen Tadel schon ausgesprochen habe. Die Beschuldigung des Parteitages war etwas sehr eigenartig: 120 Vertreter für 71 Budapest Organisationen und 63 Vertreter für 65 Provinzorte! Es wurde vom Referenten Weltner erklärt, daß die ungarischen sozialdemokratischen Parteien trotz ungewöhnlich starker Unterstützung nichts geleistet haben. Die stowakische Partei in Oberungarn wurde separatistischer Zerplitterungstendenzen beschuldigt und ihr Abhängigkeit von Prag nachgesagt. (Die Stowaken, ein insam gemischtes Volk von einer Million, sind tatsächlich Tschechen.) Eine längere Debatte über die politische Lage führte zu dem Beschluß, mit der Hauvinischen, auch ein bißchen Kerlischen, Partei gemeinsam den Kampf gegen die „Reformer“, die enorme Militärkosten bringt, und für die Wahlreform zu führen. Diese Partei ist nämlich gegen den mit Österreich gemeinsamen Militarismus. Ihre Aufsichtigkeit, für das Wahlrecht zu kämpfen, ist von den meisten Diskussionsrednern sehr entschieden bezweifelt worden.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend.“

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 8 heben wir hervor: Zum ersten Mal. — Die Revolution in England. I. Vorgeschichte und Anfänge der Revolution. — Eine Drogenacht. Von A. Ellinger. (Schluß). — Der Panamalanal. (Mit Illustrationen). — Hat die Arbeiterjugend Religion? — Die Gegner an der Arbeit. — Vom Kriegsschauplatz. — Aus der Jugendbewegung (Dortmund, Württemberg, Schweiz).

Beilage: Mai 1911: Der Kampf gegen die Arbeiterjugend. Zeichnung von Erich Schilling. — Pitt und Wilm auf dem Schiffsdeck. Von Thea Ullstein. — Einiges über Gerhart Hauptmann. II. Naturalistische Dramen. Von Otto Koenig. — Verfall des Handwerks und der Kunst. (Mit Illustrationen). — Freundschaftsklub. Von Walter Stöcker. — Sicher für die Jugend. — Pflicht. Erzählung von G. M. — Allerhand Kurzweil. (Illustriert.)

Soziales.

Arbeitslosigkeit der Landarbeiter.

Das Gesetz wegen Verletzung der Dienstpflichten des Gefindes und der ländlichen Arbeiter vom Jahre 1854 kann in der Hand lundiger Gutbesitzer neben fast völliger Rechtslosmachung des Arbeiters auch zur Beschaffung billiger Arbeitskräfte dienen, wie nachstehender Fall beweist:

Der Pferdewechter S., auf einer pommerischen Domäne im Kreise Franzburg, der gegen 1 M. Tagelohn, Deputat und freie Wohnung eingestellt war, hatte sich mit dem Inspektor überworfene. Dieser lauerte auf eine Gelegenheit, den Pferdewechter zu schikanieren. Diese kam, als dem S. Pferde zur Arbeit übergeben wurden, an denen die Spuren früherer Mißhandlungen, durch einen Ausschlag begangen, zu sehen waren. Der Pferdewechter wurde beschuldigt, die Mißhandlungen verübt zu haben und angewiesen, nunmehr seinen Dienst als Pferdewechter mit der schweren Arbeit an der Dreschmaschine zu vertauschen. Er sollte aber nicht etwa den 6 bis 10 M. betragenden Akkordlohn während des Drescharbeit erhalten, sondern seinen bisherigen Tagelohn von 1 M. Selbstverständlich weigerte sich der Knecht, die schwere Arbeit für diesen geringen Lohn zu verrichten und machte außerdem geltend, daß er wegen eines alten Brustleidens den Staub beim Dreschen nicht vertragen könne. Zur Arbeit als Pferdewechter erklärte sich S. nach wie vor bereit, erschien auch mehrere Tage nacheinander in der Frühe auf dem Hof und bot sich dem Inspektor zur Arbeit an. Er wurde jedoch nicht weiter beschäftigt, vielmehr Strafanzeige gegen ihn erstattet wegen Arbeitsverweigerung, Uebertretung des Gesetzes vom 24. April 1854 und Tierquälerei. Wegen der Tierquälerei wurde er kostenlos freigesprochen, wegen Arbeitsverweigerung aber zu einer Geldstrafe verurteilt.

Das Schöffengericht in Franzburg begründete das Urteil damit, daß nach der Gesindeordnung der landwirtschaftliche Arbeiter zu allen landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen werden könne. Es sei im vorliegenden Falle unerheblich, daß die übrigen Dreschmaschinenarbeiter in anderem Lohnverhältnis standen.

Auf den gleichen Standpunkt stellte sich die Strafkammer in Straßburg als Berufungsinstanz. Die Dohn Klinge die Stelle aus dem zweiten Urteil: „Der Knecht hatte um so weniger Veranlassung, die Drescharbeit zu verweigern, als nach der Bekundung des Arbeitgebers als Zeugen diese Arbeit nicht schwerer ist, als die bei den Pferden und er denselben Lohn wie bisher beziehen sollte; aus welchem Grunde der Angeklagte wechseln sollte, ist unerheblich; der Herrschaft steht es allein zu, über die Verteilung der Arbeit unter ihre Leute Bestimmungen zu treffen.“

Traf die Geldstrafe den Knecht auch nicht so schwer, so traf ihn und seine Familie viel schwerer die wirtschaftlichen Schädigungen und Bedrückungen, die der Dienstherr ausüben vermochte. Weber Deputat noch rückständiger Lohn wurde ihm ausgezahlt, noch eine Entschädigung für die nach Lösung des Dienstverhältnisses folgende Erwerbslosigkeit. Nach wenigen Tagen wurde ihm die Milchab entzogen, deren Milchungen täglich etwa sechs Liter betrug.

So wird von den Agrariern durch das Gesetz vom Jahre 1854 der Landarbeiter zum Ungeheuren herabgedrückt und wenn der in den Urteilen verkündete Rechtsgrundlagen allgemeine Geltung finden soll, so können die Agrarier auf diesem etwas ungenüßlichen Wege noch zu besonders billigen Arbeitskräften kommen; sie stellen Knechte ein mit einer Mark Tagelohn und zwingen sie dazu, bei gleichem Lohn höher bezahlte Arbeit zu verrichten. Im gewerblichen Leben ist es sonst ganz allgemeiner und selbstverständlicher Rechtsgrundlagen, daß kein Arbeiter zu anderer Arbeit gezwungen werden kann, für die er sich bei Eingehung des Arbeitsverhältnisses verpflichtet hat. Daß aber ein Arbeiter gezwungen werden kann, für niedrigen Lohn höher bezahlte Arbeit verrichten zu müssen, widerspricht ganz und gar dem natürlichsten Rechtsempfinden.

Aus Industrie und Handel.

Wo hat England seine Kapitalien angelegt?

Nach einem Ende Dezember 1910 von George Paish in der „Royal Statistical Society“ in London gehaltenen Vortrage beträgt die Gesamtsumme des britischen Kapitals, das gegenwärtig außerhalb des Mutterlandes angelegt ist, 3192 Millionen Pfund Sterling, das sind nahezu 63 Milliarden Mark. Davon entfielen auf die britischen Kolonien 1554 Millionen, auf fremde Länder 1638 Millionen Pfund Sterling. Auf die einzelnen Länder verteilt sich die Anlage summe folgendermaßen: Unter den britischen Besitzungen steht Kanada mit 373 Mill. Pfund. Sterl. an der Spitze; ihm folgt Indien und China mit 365, Südafrika mit 351, Australien mit 302 Pfund. Sterl., während auf die anderen Kolonien verhältnismäßig kleinere Summen entfallen.

Von den fremden Ländern stehen natürlich die Vereinigten Staaten von Amerika allen anderen weit voran. Es sind in ihnen nicht weniger als 688 Millionen Pfund. Sterl. britischen Geldes angelegt. Das nächstfolgende Land, Argentinien, weist mit 289 Millionen Pfund. Sterl. nicht viel mehr als den dritten Teil dieser Summe auf. Auch die dann folgenden Beträge entfallen auf überseeische Länder, nämlich 94 Millionen auf Brasilien, 87 auf Mexiko, 63 auf Japan usw. In Europa steht das meiste britische Kapital, nämlich 38 Millionen Pfund. Sterl., in Rußland, in Spanien sind nur 18, in Italien 11, in Frankreich 7 und in Deutschland gar nur 6 Millionen Pfund. Sterl. angelegt.

Nach der Schätzung Paishs bringt dieses im Ausland und in den Kolonien angelegte britische Geld dem Lande jährlich 155 Millionen Pfund. Sterl. Zinsen ein, was einer Verwertung des Kapitals zu mehr als 5 Proz. entsprechen würde.

Die Folgen der Jandhölzener. In einer holländischen Jandhölzfabrik Smedelingen bei Oeslach (Ninghtal) entfällt der Steuerertrag des Logers zurzeit 200 Millionen Stak Jandhölzener, darunter Borrats seit der Steuererhöhung vom Oktober 1900. Diese unterläufige Ware repräsentiert eine Frucht für etwa sieben Waggons im Werte von 30 000 M. Die Fabrik hatte bisher mit ständiger Betriebseinschränkung gearbeitet, meistens mit nur halber Arbeitszeit. Dabei ist der Betrieb nicht ausschließlich auf die Anfertigung der Streichhölzener angewiesen. Wenn keine Arbeiterentlassungen vorlägen, so ist dies auch darin begründet, daß die Arbeiter zuhause bleiben und den landwirtschaftlichen Beschäftigungen nachgehen können.

Gewerkschaftliches.

Schöne Seelen finden sich!

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ behandelte in ihrer Nr. 16 auch die Beendigung des Streiks der Maschinisten und Felzer aus der Dortmunder Union. Anscheinend hat das Berliner Scharfmacherblatt nur nachgeschrieben, was die zentrumschriftlichen Sekretäre darüber ausgesprochen haben. Jedenfalls findet man keinen Unterschied.

Vielleicht ist es den Zentrumschriften angenehm, wenn wir hier noch einmal mitteilen, was der Kaplan Hise, ein beim Zentrum angeheuerter Mann, in seinem Buche „Kapital und Arbeit“ über die Streikbrecher früher gesagt hat:

„Es ist eine Schande, wenn Arbeiter die Gelegenheit benützen, sich in die valanten Stellen ihrer streikenden Genossen einzudrängen — ein Verrat der Standesehre für die Arbeiter und eine Unrechlichkeit, wenigstens eine Verletzung der Kohlese von Seiten des Arbeitgebers. Mag der Arbeiter selbst den Streik ungerechtfertigt finden, so muß er doch so viel Standesgefühl besitzen, daß er seinen Genossen nicht im Stiche läßt, wenigstens nicht die Gelegenheit benützt, den auf einen Augenblick verlassenen Platz für sich zu nehmen.“

In Dortmund hatten auch die Zentrumschriften erklärt, daß die Forderungen der streikenden Maschinisten berechtigt seien. Trotzdem forderten christliche Sekretäre vor aller Welt zum Streikbruch auf. Nun finden sich die christlichen Gewerkschafts- und Zentrumsblätter im holden Verein mit der Unternehmerpresse auf gleichem Wege und in gleicher Stimmung!

Auf die konzentrierte, beharrliche und freche Streikbruchspraxis der „Christen“ unserer Tage paßt das Wort Valentins aus dem Faust:

„Wird erst die Sünde geboren,
Wird sie heimlich zur Welt gebracht,
Und man zieht den Schleier der Nacht
Ihr über Augen und Ohren.
Wächst sie aber und wird sie groß,
So geht sie auch bei Tage bloß,
Und ist doch nicht schöner geworden.“

Berlin und Umgegend.

Der Arbeiterinnenstreik bei Vergemann

dauert unabänderlich fort. Der Zusammenhalt und die Einmütigkeit unter den Streikenden läßt nichts zu wünschen übrig. Die Firma sucht andere Arbeitskräfte, namentlich auch junge Hilfsarbeiter zur Ausführung der Arbeit der Streikenden heranzuziehen, stößt dabei aber auf unüberwindlichen Widerstand. Die nicht am Streik beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma fühlen sich auf alle Fälle mit den Streikenden solidarisch und handeln danach. Gestern sind wiederum zwei Hilfsarbeiter wegen Verweigerung von Streikarbeit entlassen worden. Die kleine Zahl der Streikbrecherinnen in der Glühlampenfabrik reicht nicht aus, um den Betrieb auch nur in beschränktem Maße aufrecht zu erhalten. Die Firma bemüht sich, die Streikenden durch Einwirkung auf die einzelnen wieder in den Betrieb hineinzulockern. Anfanglich war die Rede davon, daß keine je mehr eingestellt werden sollte; jetzt aber gewährt man ihnen schon eine Gnadenfrist. Ein Teil der Streikenden ist nun von der Firma durch Postkarten aufgefordert worden, spätestens am Montag, den 24. April, früh 7 Uhr zur Arbeit zu erscheinen, widrigenfalls die Entlassung erfolgt. Das ist das bei Streiks in der Metallindustrie allgemein übliche Mittel. Uneinigkeit in die Reihen der Streikenden zu tragen und Hande sagte schon in der ersten Streikversammlung voraus, daß auch die Firma Vergemann dieses Mittel versuchen werde. Es wird aber fehlschlagen. Daran ist nicht zu zweifeln. In der gestrigen Streikversammlung, die abermals den großen Pharusaal stropf an stropf füllte, herrschte nur eine Meinung darüber, wie man sich diesen Lockungen gegenüber verhält. Man antwortet eben einfach nicht. Das ist Antwort genug. Was sich die Firma an die Streikleitung oder Kommission wenden, wenn sie die Wiederaufnahme der Arbeit wünscht. Mit den einzelnen Streikenden ist nichts zu machen. Nur gemeinsam und alle miteinander, wie sie den Betrieb verlassen haben, werden sie die Arbeit wieder aufnehmen, und nicht eher, als bis die Firma sich zu einem ehrlichen Friedensschluß bereit findet.

In der gestrigen Versammlung wurde ferner berichtet, daß eine ihrer Pflichten als Streikposten nachkommende Arbeiterin polizeilich fixiert worden ist, und zwar deswegen, weil sie sich nicht von einer arbeitswilligen Person mit einem Schlüsselbund mißhandeln lassen wollte. Die Arbeitswillige hatte sich, wie mitgeteilt wurde, schon vorher durch unanständige Redensarten bemerkbar gemacht, bis sie schließlich nach jenem gefährlichen Gegenstand griff, um ihrem Vorgesetzten die Krone aufzusetzen. Der Schutzmann hat dann offenbar nach der bei der Polizei üblichen Auffassung die streikende Arbeiterin ohne weiteres für den schuldigen Teil angesehen. Die Sistrerte wurde nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen. Auf das zu erwartende Strafmandat wird selbstverständlich richterliche Entscheidung beantragt werden, schon deswegen, um wieder einmal festzustellen, was für nützliche und vornehme Glieder der Gesellschaft diejenigen sind, die sich dem Unternehmertum als Arbeitswillige zur Verfügung stellen.

Ein Berliner Streikbrecher-Transport.

Den Passanten am Anhalter Bahnhof bot sich am Freitagnachmittag ein sonderbarer Anblick. Die Anlagen vor dem Bahnhof waren dicht bevölkert mit jenen Großstadttypen, die der Berliner mit „Pennerbrüder“ bezeichnet. Eine Nachfrage ergab dann, daß die etwa 120 Mann Versammelten aus der „Palme“, dem Berliner Agh für Obdachlose, entnommen worden waren; ihre kameradschaftlichen Anreden mit „Penner“ bestätigten diese ihre Herkunft. Zwei Agenten hatten sie als Streikbrecher für eine Leipziger Zellulosefabrik im Agh angeworben und ihnen die Invalidenarten bereits abgenommen. Größte Krumm offenbarte sich bei ihnen, sie waren völlig zerlumpt, ohne jegliches Reisegepäck, einige hatten ihr Hab und Gut im Schmutztuch zusammengebunden, andere wieder nahmen einen Alkoholtrank mit auf die Reise. Im Gespräch erzählte einer zynisch, daß die Berliner „Penner“ eine „Reise“ nach Leipzig machen wollen, um sich dort zu „sonnen“. Die Konkurrenz in der Bettelerei sei in Berlin sehr groß, nur der Bettler, der bessere Kleidung trage, erhalte eine Gabe. So bliebe ihnen weiter nichts übrig, als dem Angebot der Agenten nachzukommen.

Die streikenden Arbeiter brauchen die Konkurrenz jener Bedauernswerten, durch die soziale Krise ins Lumpenproletariat Gestohlenen nicht zu fürchten. Dem Unternehmer aber, der von den Streikbrecheragenten mit solcher „lebenden Ware“ versorgt wird, muß beim Anblick dieser total arbeitsunfähigen Gestalten Entsetzen pochen. So wird denn auch die Wirkung der ganzen Aktion die sein, daß das Berliner Agh für Obdachlose um über 100 Insassen entlastet wird und das Leipziger Agh in kürzester Zeit diesen Zuwachs bekommt.

Die Lohnbewegung der Bäcker.

Die Vertreter der 17 Bäckereimengen von Berlin und Umgegend sowie die Vertreter des Verbandes der Bäcker und der Gewerkschaften hatten sich am Donnerstag im Verhandlungslokal des Gewerbegerichts eingefunden. Es fand jedoch nur eine Vorbesprechung statt. Zu Verhandlungen über die Forderungen der Arbeitnehmer kam es noch nicht, und zwar aus folgenden Gründen: Die Lohnkommission der Bäckergesellen war davon ausgegangen, daß die im Jahre 1908 lediglich zwischen den Vertretern beider Parteien geführten Verhandlungen ein Resultat ergaben, welches keinen Bestand hatte. Deshalb hat die Lohnkommission jetzt

darauf bestanden, daß die Verhandlungen nicht anders als unter unparteiischer Leitung geführt werden und hierzu den Gewerbeichter, Magistratsrat Schulz, vorgeschlagen. Dieser war denn auch als Vorsitzender zur Stelle. Obermeister Schmidt erklärte aber, daß die Meister nur vor einem in aller Form zusammengesetzten Einigungsamt verhandeln. Da die Lohnkommission nach ihren Erfahrungen von 1908 nicht damit rechnen konnte, daß die Meister das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts anerkennen würden, so hatte sie keine Meister bestimmt, sondern angenommen, dem unparteiischen Vorsitzenden würde den Meistern genügen. Nachdem sich beide Parteien damit einverstanden erklärt hatten, daß die Verhandlungen vor einem vollbesetzten Einigungsamt geführt werden, wurde dieses auf Vorschlag des Vorsitzenden Schulz von beiden Seiten formell anerkannt, wobei die Meister ausdrücklich erklärten, daß sie auf das Einigungsamt des Innungsschiedsgerichts verzichten.

Eine Bemerkung des Obermeisters Schmidt, daß für Freitag eine Verhandlung mit den Gelben angelegt sei, veranlaßte die Vertreter des Verbandes zu der Frage, was denn diese Sonderverhandlung mit den Gelben zu bedeuten habe. Ob das wieder, wie 1906, eine Komödie sein soll, dazu bestimmt, die Forderungen der Lohnkommission herabzudrücken. Es gehe doch nicht an, daß mit verschiedenen Organisationen verschiedene Tarife abgeschlossen werden. — Obermeister Schmidt bemerkte hierzu, durch die Erklärung des Verbandes, daß er nicht gemeinsam mit den Gelben verhandeln wolle, seien die Meister zu einer besonderen Verhandlung mit diesen gezwungen. Nebenabsichten hätten die Meister dabei nicht. Sie seien in durchaus ehrlicher Absicht hierher gekommen und würden die Verhandlungen in breiterster Öffentlichkeit führen. — Der Vorsitzende Schulz äußerte sich ebenfalls zu dieser Angelegenheit. Er habe in einer privaten Vorbesprechung mit Obermeister Schmidt erklärt, er halte es für durchaus unzulässig, wenn erst mit den Gelben und dann mit dem Verbandsverband verhandelt werden würde. Auf seinen, des Herrn Schulz Vorschlag, sei der Verhandlungstermin mit den Verbandsvertretern zuerst, und die Verhandlung mit den Gelben für den folgenden Tag angelegt worden. Da es heute zu keiner Verhandlung komme, so sei auch die für Freitag angelegte Verhandlung mit den Gelben hinfällig. Diese könne erst dann stattfinden, wenn die Verhandlungen mit dem Verbandsverband geführt seien. Auf einen Abschluß verschiedener Tarife würde er sich nicht einlassen, sondern nur einen für beide Organisationen gleichlautenden Tarif abschließen.

Damit war die Vorbesprechung beendet. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen am nächsten Donnerstag. Als Beisitzer im Einigungsamt benannt die Arbeitgeber den Obermeister Raab und Klempnermeister Rischke, die Arbeitnehmer die Arbeitersekretäre Körsten und Ritter.

Achtung, Töpler! Die Sperre über die Firma Paul Damm hat sich erledigt, da sie sich verpflichtete, die drei Wemaregellen und die vor der Sperre bei ihr Beschäftigten sofort wieder einzustellen. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Zum Vergarbeiterstreik in der Oberlausitz.

Die Unternehmer arbeiten mit Hochdruck, um Arbeitswillige zu bekommen, kein Mittel bleibt unberührt. Auf einem Werk hat der Vefiger durch Anschlag bekanntgegeben, daß diejenigen Arbeiter, die während des Streiks arbeiten, eine Mark pro Woche als Extragehalt erhalten.

Die Aktiengesellschaft „Herkules“ in Hirschfelde hatte, wie wir schon berichteten, das Verlehrs- und Vermittlungsbureau Johann Sablowski in Berlin, Breslauer Str. 18, beauftragt, Arbeitswillige anzuwerben. Dieses Bureau schließt mit den Arbeitern einen Vertrag ab, durch den sie sich verpflichten müssen, bis zum 1. November 1911 auf „Herkules“ zu arbeiten. Jedem Arbeiter werden wöchentlich so lange 8 M. vom Lohne einbehalten, bis eine Kaution von 20 M. angeammelt ist. Diese Kaution erhalten nur diejenigen Arbeiter zurück, die bis zum 1. November den Vertrag innehalten. Die Arbeiter müssen sich verpflichten, jede Arbeit zu verrichten. Als Lohn ist den Leuten im Schichtlohn 3,20 M. im Gebirge 4 M. pro Tag und mehr versprochen worden. Außerdem will das Werk den Arbeitern die Wohnung nebst Betten und Decken gratis zur Verfügung stellen.

Dieses Vermittlungsbureau hat am 18. d. Mts. bereits den ersten Transport von 20 Arbeitern gesandt. Die Verlehrsleitung mußte jedoch erleben, daß die angeworbenen Arbeiter sich gleich auf die Seite der Streikenden stellten.

Die Arbeiter aller Ortschaften werden nochmals dringend ersucht, den Zugang nach der Oberlausitz fernzuhalten. Etwaige Anfragen oder Nachrichten sind an die Streikleitung, an G. Teuber in Reichenau i. S., Gasthof Symon, zu richten.

Der Streik der Jinhüttenarbeiter in Dortmund wurde beendet, da sich bei der Abstimmung für die Fortführung keine Dreiviertel-Mehrheit mehr ergab. Bekanntlich hatte es die Verlehrsverwaltung wiederholt abgelehnt, mit den Streikenden oder mit den Organisationsvertretern zu verhandeln. Die Mehrzahl der Streikenden gehörten dem zentrumschriftlichen Metallarbeiterverbande an.

Ein Streik der Schneidmühlenarbeiter in Stavenhagen (Mecklenburg) ist am 18. April bei der Firma Gebr. Albrecht ausgebrochen. Die Arbeiter in Stavenhagen sind zeitweise in der Landwirtschaft und in den Schneidmühlen und Kornspeichern beschäftigt. Seit einem Jahre hat der Landarbeiterverband in einer Zahlstelle mit 100 Mitgliedern die dortigen Arbeiter der Organisation zugeführt. Die Löhne sind sehr niedrig. Sie betragen im Winter 2 M. bis 2,25 M. Reigen im Sommer auf 2,50 M. bis 2,75 M. und erreichen während 6 Erntewochen 3 M. pro Tag. Am 8. April d. J. wurden bei drei Firmen Forderungen auf Lohnerhöhung eingereicht. Zwei Firmen bewilligten die geforderte Erhöhung um 2-3 Pf. pro Stunde, darunter eine Firma die prinzipielle Forderung eines Stundenlohnes. Die Firma Gebr. Albrecht wollte 1 1/2 Pf. „freiwillig“ zulegen, wenn die Arbeiter sofort der Organisation den Rücken kehren und dem lokalen christlichen Arbeiterverein beitreten wollen. Die Arbeiter, 45 an der Zahl, gingen auf diese schmächtige Zumutung natürlich nicht ein und beschloßen, am 15. April in den Ausstand zu treten. Vom 18. April ab stand der Betrieb still. Etwa ein Duzend Invalide, die sich an der Bewegung nicht beteiligten, konnten die Aufrechterhaltung des Betriebes nicht ermöglichen. Die Firma mußte nachgeben und die Forderungen anerkennen. Außer der geforderten Erhöhung des Stundenlohnes wurde auch ein Zuschlag von 5 Pf. für Ueberstunden erzielt; bei einer vierten Firma wurden sodann ebenfalls Forderungen aufgestellt und bereits regt es sich auch bei den landwirtschaftlichen Arbeitgebern des Städtchens. Diese Erfolge des Landarbeiterverbandes werden ihm in dortiger Gegend wiederum zahlreiche Mitglieder zuführen.

Die Lüberder Lagerbierbrauereiarbeiter erreichten nach längeren Verhandlungen mit den Unternehmern für die im inneren Betriebe Beschäftigten eine Arbeitszeitverlängerung um eine halbe Stunde täglich. Die Löhne werden allgemein um 2 M. pro Woche erhöht und vom 1. Mai 1911 ab wiederum um 1 M. Ferner soll bei militärischen Übungen der Lohn 14 Tage lang weitergezahlt und bei Unfall resp. Krankheit die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld für zwei Wochen gewährt werden. Endlich stimmten die Unternehmer der Forderung auf Bewilligung von Ferien unter Fortzahlung des Lohnes zu. Die Feriendauer soll nach Maßgabe der Beschäftigungszeit zwei bis sechs Tage im Jahre betragen.

Lohnforderungen der städtischen Arbeiter in Mainz.

Die bei der Lohnregulierung der städtischen Arbeiter nicht berücksichtigten städtischen Handwerker verlangen zeitgemäße Lohnaufbesserungen.

Der Streik der Lackierer in den Gaggenauer Automobilwerken (jetzt Firma Benz-Mannheim) ist nunmehr, nachdem die geforderte Lohnerhöhung von 5 Pfg. zugestanden wurde, beendet. Die Wiedereinstellung des entlassenen Vertrauensmannes konnte nicht weiter vertreten werden. Die Arbeit ist am 18. April wieder aufgenommen worden.

Ausland.

Eine Abgabe an den Separatismus brachte die Generalversammlung des österreichischen Drechslerverbandes. Namens aller tschechischen Delegierten (16 unter 66) erklärte Gaubertreter Horak-Pardubitz, daß die tschechischen Verbandsangehörigen gar nicht daran denken, die Organisation durch nationale Trennung zu schwächen, da sie durchaus die einheitliche Aktion als im höchsten Interesse des ganzen Berufs gelegen erkennen. Die Generalversammlung ist auch sonst völlig harmonisch verlaufen.

Aus der Frauenbewegung.

Klassenbestrebungen.

Die bürgerlichen Frauen geben ihre Bestrebungen gern als eine alle Frauen gleich interessierende Kulturforderung aus. Damit begehnen sie eine politische Fälschung. In Wirklichkeit haben ihre eigentlichen Ziele mit der proletarischen Frauenbewegung gar nichts zu tun. Lediglich bedingt es die besondere Unterdrückung des Weibes, daß sich die bürgerliche und die proletarische Frauenbewegung auf ihren Wegen zuweilen begegnen. Daß sie dann zwecks Erreichung eines Fortschritts, z. B. in dem Kampfe um die Eroberung des Wahlrechts usw. gute Wassergemeinschaft pflegen, halten auch wir für durchaus geboten. Aber daß die proletarische Frau an den eigentlichen Zielen der bürgerlichen Frauenbewegung irgend welches Interesse habe, das müssen wir strikte bestreiten. Das Gegenteil ist vielmehr richtig! Das was die Damen letzten Endes bezwecken, müssen die proletarischen Frauen ganz entschieden bekämpfen. Wir treten ein für die Befreiung der Klassenherrschaft, unser Ziel ist gerichtet auf die Herbeiführung einer sozialistischen Gesellschaft. Dazu gehört auch volle restlose Gleichberechtigung der Geschlechter. Für die proletarische Frau ist die besondere Unterdrückung des weiblichen Geschlechts eine besondere Ruance des Klassencharakters der bestehenden Gesellschaftsordnung. Mit der Ausmerzung dieses besonderen Unrechtes allein ist der proletarischen Frau nicht gebient. Für sie hat die Unterdrückung des Geschlechts übrigens teilweise ganz andere Bedeutung als für die bürgerliche Frau. Diese hat darin einen Ausschluß von Vorteilen zu erblicken, während sie für die proletarische Frau tiefer teilweise sogar einen Vorteil gegenüber den heutigen Verhältnissen vorstellt. Der Ausschluß der Frau von der Erwerbsarbeit bedeutet für sie auch eine Verminderung der Pflichten. Diese hat sie nun aber gar nicht mehr zu beklagen; sie erlangte nicht nur das Recht der Erwerbslohnarbeit, nein, die Not des Lebens macht ihr diese in abertausend Fällen zur zwingenden Notwendigkeit. Das Recht auf Lohnarbeit, das sie mit dem proletarischen Mann genießt, läßt sie aber auch die Klassenherrschaft um so gewichtiger und schmerzvoller fühlen. Während ihnen die Verhältnisse das Recht der Erwerbslohnarbeit aufzwingen, müssen die bürgerlichen Frauen noch um die Gleichberechtigung auf diesem Gebiete gegen ihre männlichen Klassen-genossen kämpfen. Diese Gleichberechtigung soll den Damen aber auch nicht den Kreis der Pflichten, sondern nur den der Privilegien erweitern. Kurzum, die bürgerlichen Frauen erstreben ihren Anteil an den Vorrechten ihrer Klasse; sie wollen, wie ihre männlichen Klassen-genossen, das Recht haben, nicht nur die proletarischen Männer, sondern auch die proletarischen Frauen als Lohnarbeiter ausbeuten zu dürfen. Es wäre geradezu töricht, von den proletarischen Frauen zu verlangen, in solchen Bestrebungen einen Teil der Frauenbewegung zu betrachten, an denen sie in gleicher Weise wie die bürgerlichen Frauen interessiert seien. Mit ihren Forderungen, die ihnen die Anwartschaft auf Ausübung der bürgerlichen Berufe und Uebernahme öffentlicher Ämter sichern soll, erstreben die Damen keine Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sondern lediglich die Erlangung der erwähnten Klassenvorteile. Von dem gleichen Gesichtspunkte aus betrachtet auch die Forderung der Frauenstudiums, in den vom Kultusminister Hölle erlassenen Bestimmungen über die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens in Preußen. Als Zweck der Zulassung wird angegeben „die Ausbildung der jungen Mädchen der „höheren Stände“. Begründend wird dazu bemerkt:

„... Der Ueberschub der weiblichen über die männliche Bevölkerung und die zunehmende Ehelosigkeit der Männer in den höheren Ständen zwingen einen größeren Prozentsatz der Mädchen gebildeter Kreise zum Verzicht auf den natürlichen Beruf als Gattin und Mutter. Ihnen sind die Wege zu einem ihrer Erziehung angemessenen Berufe zu bahnen.“

Mit Gleichberechtigung hat das nichts zu tun. Selbstverständlich bekämpft die Sozialdemokratie nicht das Recht des Universitätsstudiums der Mädchen; aber sie unterstützt solche Forderungen aus ganz anderen Motiven als sie die Damen bei ihrer Aufstellung beherrschen. Wir fordern grundsätzlich die Einheitschule und das Recht des höheren Studiums als einen Vorzug des Intellekts, nicht des Geldbeutel. Wäre es den bürgerlichen Frauen ernst mit der Gleichberechtigung, dann würden sie unsere Forderung unterstützen; sie halten es für vorteilhafter, wenn sie die proletarischen Frauen als Vorspann ihrer Klassenforderung gebrauchen können.

Lesende.

Rödenitz. Montag, 24. d. Mts., bei Gustav Müller, Alter Markt Johannisthal. Dienstag, den 25. April, im „Eindendof“, Friedrichstraße 61, Vortrag über „Die Prostitution eine soziale Erscheinung“.

Letzte Nachrichten.

Die Offiziösen — dementieren.

Köln, 21. April. (B. L. Z.) Ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ meldet: Wir sind bereits den falschen Gerüchten entgegengetreten, die von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Innern wegen der esch-Lothringischen Frage wissen wollten. Wir möchten aber noch ausdrücklich feststellen, daß der Reichskanzler und der Staatssekretär Delbrück, wie dies auch in allen unterrichteten Kreisen bekannt ist, in dieser Sache von Anfang an sich in voller Uebereinstimmung befunden und gehandelt haben; darin hat sich nichts geändert. Ist schon die Annahme grundfalsch, der Reichskanzler könnte in dem Scheitern der Vorlage für sich einen Anlaß zum Rücktritt sehen, so ist es geradezu lächerlich, ihm unterzuschreiben, er würde in diesem Falle einen Minister zum Sündenbock machen, der sich mit allen Kräften um das glückliche Gelingen des wichtigen Werkes bemüht. (Siehe auch die Notiz: Staats-erhaltende Intriganten.)

Vom mexikanischen Kriegsschauplatz.

New York, 21. April. (B. L. Z.) Aus Eagleport (Texas) wird gemeldet, die Aufständischen hätten Parras und Sanpedro in Coahuila angegriffen. Viele mexikanische Bundesoldaten seien getötet worden. In El Paso sind in Erwartung eines Angriffes auf Juarez weitere amerikanische Truppen konzentriert worden.

200 Ballen Baumwolle verbrannt.

Dankirchen, 21. April. (B. L. Z.) Eine Feuerbrunst zerstörte am Kai des Hafens 200 Ballen Baumwolle aus Australien sowie eine Menge anderer Waren. Der Schaden soll sich auf eine Million Frank belaufen.

Kongress der belgischen Sozialdemokratie

Brüssel, 19. April. (Eigenbericht.) (Schluß.)

In der Montags-Sitzung erörterte Genossin Maria Tillemans einen Bericht über den Stand der Arbeiterinnenbewegung in Belgien.

Ansele schlägt vor, Genossin Tillemans (die schon früher Mitglied des Generalrats war, letztes Mal aber durch einen Zufall ausgeschlossen war) in den Generalrat als Vertreterin der Frauen zu wählen.

De Brondere unterbreitet völlig die Darlegungen der Genossin. Nur in dem Punkt: Schaffung eines speziellen Sekretariats für Frauen, müsse er widersprechen.

Genossin Tillemans hält De Brondere entgegen, daß Frauen besser zu Frauen sprechen, Frauenangelegenheiten am besten von ihnen selbst erörtert werden, und beharrt darauf, daß die Partei ihren Antrag ausführe.

Im Namen der blämischen Frauenföderation spricht Genossin De Neulebrouck in blämischer Sprache. Sie berichtet von der wachsenden Aktivität der arbeitenden Frauen Flanderns; Gent zum Beispiel verzeichnet 600 Mitglieder.

Der Kongress geht nun an die Beratung über die Organisation des Wahlrechtskampfes,

wobei noch einmal die Tagesordnung Jocquemotte (Vorberatung für einen Generalstreik) in die Debatte verflochten, aber schließlich, nachdem insbesondere Deporte die bereits erwähnten Argumente unterbreitet hat, endgültig fallen gelassen wird.

Die Organisation des Wahlrechtskampfes wird von zwei Gesichtspunkten aus erwogen: Soll der Generalrat die Kampagne allein leiten oder soll dies im Zusammenwirken mit der Gewerkschaftskommission bezw. den Gewerkschaften geschehen.

Ansele ist dafür, daß der Wahlrechtskampf vom Generalrat und von der Gewerkschaftskommission organisiert wird. Die Gewerkschaften müssen als politisch Interessierte am politischen Kampf direkt teilnehmen.

ParteiSekretär Vandermissen macht geltend, daß der Vorschlag der „Jeunes Gardes“, der Generalrat möge allein die Leitung in die Hand nehmen, nicht die Mitwirkung von Genossenschaften und Gewerkschaften ausschließe.

Huydman ist nicht dafür, daß man die Gewerkschaftskommission direkt engagiere — schon mit Rücksicht darauf, daß die angeschlossenen Mitglieder zwar Anhänger des Klassenkampfes, aber nicht schlechthin Sozialisten sind.

Kleines feuilleton.

Kinematograph und Medizin. Der Kinematograph hat auch in den Bezirken der exakten Naturwissenschaften festen Fuß gefaßt und seine praktische Daseinsberechtigung erwiesen.

Auch die Welt des Unendlich-Kleinen, wo Objekte von einem Zehntel Millimeter als Niesen gelten, eröffnet uns der Film. Reizvolle Bilder gehen an uns vorüber von den primitivsten Formen des Kampfes ums Dasein, wo ein weißes Mutkörperchen (Leuzozyt) mit amöbenhaften Bewegungen an ein Bakterium herantritt.

Auch für die breiten Schichten der Gebildeten haben diese Erregungsmittel ihre Bedeutung. Der Popularisierung der Naturwissenschaften und in letzter Linie der Vertiefung der Volkshygiene muß der Kinematograph mehr und mehr dienlich gemacht werden.

Die älteste Maschine. Wahrscheinlich ist der Mensch schon in einer sehr frühen Zeit zur Erfindung und Anwendung von Maschinen gelangt, wenn man diesen Begriff im allgemeinsten Sinne fassen will.

wenn der Kampf für das Kommunal- und Provinzialwahlrecht leichter sein wird, so wird es für die Erlangung des Wahlrechts für die Kammer der allergrößten Anstrengungen bedürfen.

In der Debatte sprechen noch: Jocquemotte für die Organisation des Generalstreiks, Baed im Namen der Metallarbeiter — die bereits ihre Zustimmung gegeben haben — für die Erhebung des 10 Centimes-Beitrages.

Jocquemotte verlangt unter ungeheurem Protest namentliche Abstimmung über die Erhebung des Ertragsbeitrages von 10 Cent.

Gemeinderat Genosse Bink bringt ein ausführliches Referat über das sozialistische kommunalprogramm.

An dem gedruckt vorliegenden Bericht über die Parlamentswahlen ist als charakteristisch hervorzuheben die Feststellung, daß die Partei sich gegen die Bündnispolitik bei Wahlen wendet und Kartelle nur für Ausnahmefälle zulässig findet.

Der Berichterstatter Abg. Farnemont betont am Kongress die wachsende Tendenz zum selbständigen Vorgehen, das die Propaganda für die Parteiziele begünstigt.

Der Berichterstatter Abg. Farnemont betont am Kongress die wachsende Tendenz zum selbständigen Vorgehen, das die Propaganda für die Parteiziele begünstigt.

Vertraut schließt den Parteitag mit dem stürmisch akklamierten Wort: Und nun in den Kampf für das allgemeine Wahlrecht und gegen die Kerisale Regierung!

Rachzutragen ist, daß die Frage der blämischen Unberührt nicht, wie irrtümlich gemeldet, zur Verhandlung auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt war, sondern auf einem außerordentlichen Kongress zur Verhandlung kommen wird.

Gerichts-Zeitung.

Kaspienpflicht der Großen Berliner Motor-Omnibudgesellschaft für das Verschulden ihrer Chauffeurs.

Bei einem Beförderungsvertrage haftet der Eigentümer des betreffenden Transportmittels für das Verschulden seiner Angestellten genau so wie für eigenes Verschulden.

Bei nästem Wetter und Schlipfrigkeit der asphaltierten Straßen kommt es vielfach vor, daß die schweren, dem Verkehr dienenden Motoromnibusse bei der geringsten Schwankung mit ihren Hinterrädern ins Rutschen geraten.

die zum Teil von der Natur selbst dargeboten werden, als Maschinen bezeichnet werden. Etwas anderes ist das erste Einsetzen einer eigentlichen Ingenieurkunst, als deren großer Pionier ziemlich ausschließlich Archimedes gegolten hat.

Die Lebensdauer der Unehelichen und der Unehelichen. Daß die Säuglingssterblichkeit unter den unehelich geborenen Kindern bedeutend stärker wütet als unter den ehelich geborenen, ist eine bekannte Tatsache.

Die Lebensdauer der Unehelichen und der Unehelichen. Daß die Säuglingssterblichkeit unter den unehelich geborenen Kindern bedeutend stärker wütet als unter den ehelich geborenen, ist eine bekannte Tatsache.

Humor und Satire. William II. Herr vom Schwanz sich grimm auf Ranegroh, Und ritt eine forche Attas:

Omnibus, den sie gegen Lösung eines Fahrcheins bemühte, bei dem Versuche, um einen Kohlenwagen herumzufahren, weiterzudringen, an einen Laternenpfahl anfuhr und gegen ein Haus schlug.

In der nunmehr erhobenen Klage sind ihre Ansprüche vom Landgericht Berlin dem Grunde nach als gerechtfertigt anerkannt worden. Das Kammergericht zu Berlin hat die Entscheidung des Landgerichts gebilligt.

Die von der Beklagten gegen dieses Urteil des Kammergerichts eingelegte Revision ist vom Reichsgericht zurückgewiesen worden. (Urt. J. VII. 506/10. — Urteil vom 20. April 1911.)

Vom Spanbauer Schöffengericht.

Am 11. Februar cr. veranstaltete der sozialdemokratische Wahlverein für Falkenhagen und Umgebung in Nicolaischen Lokal sein Stiftungsfest. Nicolai kam um eine Erlaubnis zur Abhaltung der Veranstaltung nicht ein, da es sich um eine geschlossene Gesellschaft handelte.

Wegen Unterschlagung amtlicher Gelder bezueteils am Donnerstag die Strafkammer zu Erfurt den Polizeikommissar Teenniges in Erfurt zu zwei Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Stolz schritt er noch Hause voll rüstiger Kraft, In Zukunftsprojekte versunken, Und hat dort mit Shalepeare Duzbrüderchaft Am kopfenden Tische getrunken.

Aus aller Welt.

Unfall des „P. VI“ auf der Fahrt nach Amsterdam.

Gestern morgen gegen 4 1/2 Uhr hatte der „P. VI“ vom Flugplatz Johannisthal aus seine geplante Reise nach Amsterdam angetreten. „P. VI“ konnte sein Reiseziel nicht erreichen; das Luftschiff erlitt in der Nähe von Jsenbüttel einen Unfall, der es zwang, niederzugehen. Der Ballon liegt zum Teil mitten in einem Sumpf. Die zehn Passagiere kamen mit dem bloßen Schreden davon. Heber den Unfall gibt der Führer des Ballons, Oberleutnant Sie King, folgenden Bericht: „Wir erlitten etwa fünf Kilometer westlich des Bahndammes von Jsenbüttel dadurch einen kleinen Desaster, daß ein Tau in eine Kiefer verstrickte. Namentlich wegen des plötzlich aufstretenden starkböigen Westwindes, direkt gegen die Fahrtrichtung, wurde die sofortige Landung beschlossen, die glatt und ohne die Reifleine ich vollzogen hätte, wenn nicht unmittelbar unter uns sich plötzlich ein großer Sumpf gezeigt hätte, und wenn Leute zur Hilfeleistung in der Nähe gewesen wären. Ich zog die Reifleine und die Gondel landete sehr glatt auf trockenem Gebiet

mitten im Niederholz der Giffhorer Schweiz, während die große Ballonhülle sich zum größten Teil in den Sumpf legte. Die Maschinerte ist intakt geblieben, nur die Stabilisierungsflächen sind eingeknickt. Das verunglückte Luftschiff soll demontiert und nach Bitterfeld gebracht werden.

Ein frommes Schenkel.

Dem Treiben eines gefährlichen Unbolbes wurde in dem Dorfe Prutting in Bayern durch die Verhaftung ein Ziel gesetzt. Der dortige Kirchenmehrer Wolfgang Stödel hat sich seit Jahren an Mädchen im Alter von neun bis dreizehn Jahren sittlich vergangen. Wie die „Münchener Post“ mitteilt, ist er in zwanzig Fällen bereits durch Aussagen der unschuldigen Opfer überführt worden. Der Kirchenangestellte hatte vor etwa 15 Jahren bereits wegen sittlicher Verfehlungen eine Gefängnisstrafe von drei Jahren verbüßt. Außerdem erhielt er ein Jahr, weil er eine Frau im Glockenhaus der Kirche überfallen und vergewaltigt hatte. Vor etwa einem halben Jahre wurde dem frommen Manne auf Grund eines ihm vom Pfarrer und Bürgermeister ausgestellten sehr guten Zeugnisses die Post-

agentur des Dorfes übertragen. Die Mehrzahl hatte er seit 4-5 Jahren inne. Als Schauplatz seiner Verbrechen wählte er hauptsächlich die Kirche. Nach den Aussagen der Mädchen wurden sie auf dem Altar, hinter dem Altar, im Glockenhaus und an anderen Stellen mißbraucht. Trotzdem die Eintwohnerchaft schon lange um das Treiben des Schenkel wußte, wurde keine Anzeige gegen ihn erstattet. Erst als die Gendarmerie Kenntnis von dem Treiben erhielt, erfolgte endlich die Verhaftung.

Kleine Notizen.

Vom Blitz getötet. Der auf dem Rittergute Saathausen bei Oshay beschäftigte Arbeiter Fischel wurde während eines Frühlingsgewitters vom Blitzstrahl getroffen und getötet. Mehrere andere Arbeiter, die gemeinsam mit dem Ertrunkenen vom Felde zurückkehrten, wurden betäubt und kamen mit dem Schreden davon.
Großfeuer an der russischen Grenze. Von einer gewaltigen Feuersbrunst wurde das Dorf Boylowice, Koscielnice an der russisch-schlesischen Grenze heimgesucht. 30 Häuser des Dorfes sind niedergebrannt. Eine Menge Vieh ist in den Flammen umgekommen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Köpenicker Viertel. Bezirk 183.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schneider **Karl Schmidt** Kaufm. Platz 1 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Landsberger Viertel. Bezirk 205, Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schneider **Leo Duwe** Petersburger Platz 2 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 21. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands Filiale Berlin I.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege **Leo Duwe** am Mittwoch, den 19. April, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 24. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem hiesigen Friedhof in Friedrichshagen statt.
183/1 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Frankfurter Viertel. Bezirk 284.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Fensterputzer **Heinrich Kurka** (Markstr. 44) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe. (Deutscher Gewerkschaftsbund.)
Am 19. April verstarb unser Kollege und Mitglied, der Steinbruder **Albert Schöning** im Alter von 49 Jahren an Magenkrebs.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.
Die Verwaltung der Filiale I.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Teilnehmern meinen herzlichsten Dank.
Hilwe Richter

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Wäscheputzer **Max Grell** am 19. d. Mts. im Alter von 33 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 24. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Korbend aus statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer **Heinrich Kurka** am 18. d. Mts. im Alter von 60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rosinus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der Tischlermeister **Jos. Heydgen am Donnerstag, früh 8 1/2 Uhr, nach langem schweren Leiden im Alter von 58 Jahren sanft entschlafen ist.
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an
Grunewald, 22. April 1911
Lina Heydgen,
Otto Heydgen nebst Frau.
Die Beerdigung erfolgt am Montag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Grunewald, Bornstedter Straße (am Bahnhof Döhlen) aus.**

Verband der Sattler und Portefeullier. Ortsverwaltung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Portefeullier **Karl Lewin** verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. d. Mts., mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Kirchhofes in Weihensee aus statt.
186/18 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe gute Mutter, die Witwe **Louise Genewski am Mittwoch, den 19. April, nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Um stille Beweise bitten
Die Kinder.
Berlin, Rixdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 24. April 1911, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Philippus-Apothek-Friedhofes, Müllerstraße 44/45, aus statt.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavierarbeiter **Ferdinand Schüller** am 18. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

4 Extra-Angebote



Pelerine für Knaben und Mädchen, Strichloden, grau oder oliv, mit Kapuze, Armdurchgriffen und Taschen, 70, 80 a. 90 cm lang 4.50	Pyjack blau Cheviot, ganz gefüttert, Aermel und Kragen mit Abzeichen, für das Alter von 3 Jahren. 4.25 Jedes ältere Jahr 25 Pf. mehr	Blusen-Anzug blauer Kammgarn-Cheviot, Bluse u. Hose ganz gefüttert, Aermel mit Abzeichen, Ueberkragen m. Besatz, für das Alter v. 3 Jahren 6.00 Jedes ältere Jahr 50 Pf. mehr
---	--	---

Tausende Waschblusen bis zum Alter von 8 Jahren **1.85, 0.95, 50 Pf.**

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10
Der neueste Haupt-Katalog No. 42 kostenfrei.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Vorjährige feinste **Frühjahrs-Ulster** und **elegante Anzüge** jetzt **20-30 Mark.** Täglicher Verkauf. **Kavalier-Klub,** Unter den Linden 61 II.

Greift zu!
Jed. Mann, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins groß, von Horschaffen, Doktoren, Kavalieren nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jacket-Anzüge 8, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Som.-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herrn-Hosen 2,50, 5,00 M. Große Abteilung neuer Garderobe. Gr. Frankfurter Str. 99 **Moldauer**, (Nähe Strassenberger Pl.)
Straßenbahn-Vergütung.

Such. Wollestr. 6 u. 8, 2 (schöne große Parzellen mit Obst- und Spargelanlagen, an gepflanzter Straße, sofort fruchtbar zu verkaufen. Max Wegener, Zentralhalle.

Fett ohne Schwarte

und ohne Roger-Fleisch 55 Pf. 2 Pfd. 1.05 M. 6 Pfd. 3 M. **Kasseler 90 Pf.** ohne Knochen und Poln. Bratouris 90 Pf. als Beigabe zum Rot u. Grünsohl. Borzogl. gemürzte Rot- und Leberwurst. 50 Pf. 2 Pfd. 95 Pf. Friedrichstraße 245, **F. Nielsch**, Wilhelmstr. 109-110
Laubenland 50 Morgen in Hoppgarten (dicht an Hennahaus) mittel Bahn, dort an franz. Chauffee, in II. Parzellen u. Eigent. billig z. verpacht. Off. L. 175 Gerstmanns Ann.-Bdr., Alexanderpl. 1.

Der Verkauf der Abonnementsgarderoben von J. Stock & Co., größtes Abonnementshaus Berlins, befindet sich jetzt Chausseestr. 1, Eingang Elsasser Straße. Anzüge und Paletots von 10 Mark an. :: ::



Lebensunterhalt oder guten Nebenverdienst kann man sich zu Hause mit Stricken für uns oder Privats auf unserer erstklassigen Strickmaschine verdienen. Wir liefern dieselbe mit 50 M. Anzahlung und bequemer Teilzahlung, Anlernen gratis. 25182*
— Streng reelles Unternehmen. —
Strickmaschinen-Vertriebsgesellschaft m. b. H., Köln Gen.-Dir. P. Hirschfeld, Berlin O. 19, Ballstr. 90/91

KAVALIER

beste Lederputz-Crème der Welt



Gibt mühelos schönsten wasserfesten Hochglanz Macht das Leder geschmeidig weich und haltbar Färbt in der Nässe nicht ab.
Niederlage in Berlin S.W. 68 Markgrafenstr. 91 G.F. Müller-Telephon IV 10302.

Möbel-Stube und Küche

Anz. von **15 M.** an.
Einzelne Möbelstücke Anz. von **3 M.** an, wöchentlich **1 M.**
M. Beiser, Lothringer Str. 67.

Kadda Cigaretten

Spezialmarke: Kadda Gold, beste 2 Pf.-Cigarette



Schutz-Mark. Cigarettenfabrik „Kadda“ Berlin N. 37.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col L. Amt 3, 1230. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1967.

Sonntag, den 23. April,
vormittags 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr,
finden die

Wahlen der 36 Delegierten
für den diesjährigen Verbandstag in Mannheim
sowie der
zwei Beisitzer für die Ortsverwaltung
in folgenden Lokalen statt:

- Kaczorowskis Festsäle, Ravenestr. 6.
- Wernickes Festsäle, Ackerstr. 123.
- Volgt-Theater, Badstr. 58.
- Hönischs Restaurant, Wichertstr. 3.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Karsowskys Restaurant, Bernauer Straße 82.
- Hoffmanns Festsäle, Dragonerstr. 15.
- Lachnichts Restaurant, Maxstr. 13b.
- Funkes Gesellschaftshaus, Triftstr. 63.
- Kronen-Brauerei, Alt-Konbit 47/48.
- Patzenhofer Brauerei, Turmstr., Ecke Stromstr.
- Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5.
- Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
- Heitmanns Festsäle, Schöneleinstr. 6.
- Neue Rathaussäle, früher Obst (im Tunnel), Schöneberg, Martin Lutherstr. 51.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Litfins Festsäle, Memeler Str. 67.
- Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Elysium, Landsberger Allee 40/41.
- Rummelsburg, Blumes Restaurant, Alt-Boxhagen 56.
- Rixdorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49.
- do. Zibells Restaurant, Elbestr. 8.
- do. Rückheims Restaurant, Bergstr. 98.
- Tempelhof, Wilhelmigarten, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick und Friedrichshagen, Lehmanns Restaurant, Bahnhofstraße 43 in Köpenick.
- Steglitz, Clements Restaurant, Düppelstr. 7.
- Adlershof, Restels Restaurant, Friedenstr. 14.
- Ober-Schöneweide, Warnekes Restaurant, Wilhelminenhof-Straße 19.
- Weißensee, Peukerts Restaurant, Berliner Allee 251.
- Pankow, Rozyekis Restaurant, Krenzstr. 2-4.
- Spandau, Restaurant Böhle, Havelstr. 20.
- Tegel, Halfes Restaurant, Brannowstr. 23.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen!
Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
Wahlleiter ist der Kollege Otto Handke, Charitéstr. 3.

Montag, den 24. April 1911, abends 7 Uhr:
Große Versammlung
aller in der
Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
in Granmanns Festsälen, Naunynstraße 27.
Tages-Ordnung:
1. Unsere letzte Lohnbewegung betreffs Umgestaltung der Vereinbarung vom November 1910. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Kollegen und Kolleginnen! Es ist dringend notwendig, daß Sie alle für einen zahlreichen Besuch dieser Versammlung sorgen.

Montag, den 24. April 1911, abends 6 Uhr:
Versammlung
aller in
Metallgießereien beschäftigten Bestoßer (Gußputzer)
in den „Nittersälen“, Ritterstraße 75.
Tages-Ordnung:
1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bestoßer in den Metallgießereien. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Herrmann Stramms Restaurant
befindet sich
Frankfurter Allee 68
Weiß- und Baisisch Bier. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
Herrmann Stramm, Restaurateur,
Frankfurter Allee 68, Ecke Petersburger Straße.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Groß-Berlin.
Bureau: Engelauer 15. Gedruckt v. 9-1 u. 4-8 Uhr. Tel. Amt IV, 11443.

Bezirks-Versammlungen
Sonntag, den 23. April, vormittags 9 1/2 Uhr:
Gruppe der Kunststeinarbeiter
bei Haberland, Linienstr. 73.

- für Reinickendorf bei Wohlfahrt, Eichbornstr. 18. Nachmittags 2 Uhr:
- für Blankenfelde im Lokal Staab. Nachmittags 2 1/2 Uhr:
- für Köpenick im Stadttheater, Friedrichstraße. Mittwoch, den 26. April, abends 8 Uhr:
- für Spandau bei Böhle, Gabelstr. 20. Abends 8 1/2 Uhr:
- für Südost u. Süden bei Fisch, Forststr. 9. Abends 8 Uhr:
- für Weißensee bei Content, Lehderstr. 5. Abends 8 1/2 Uhr:
- für Schönhauser Vorstadt bei Gillesche, Kopenhagener Straße 74.
- für Rixdorf bei Gellert, Steinmetzstr. 93. Donnerstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr:
- für Norden bei Raabe, Kolberger Str. 23.
- für Nordwest bei Kirschkowski, Seuffelstr. 9.
- für Osten bei Zietz, Warschauer Straße 61.
- für Charlottenburg im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Abends 8 Uhr:
- für Ober-Schöneweide bei Rabe, Wilhelminenhofstr. 43. Abends 8 1/2 Uhr:
- für Schöneberg und Umgegend bei Grams, Ebersstraße 27.

Gruppe der Schallplattenarbeiter (Presser, Schleifer und Stoffarbeiter)
im „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthalerstr. 57.
Zwecks Ausübung einer Kontrolle über Teilnahme an den Bezirksversammlungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder ihre Bücher mitbringen sollen, um den Besuch der Versammlung durch Stempel im Mitgliedsbuch eintragen zu können!
Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet
63/12* Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Achtung! Bantischler!

Die für Sonntag, den 23. April, in Aussicht genommene Branchen-Versammlung findet wegen der Beerdigung des Genossen Vorgmann nicht statt.
Die Branchenkommission.

Modell- und Fabriktschler sowie Modelldrehler.
Montag, den 24. April, abends pünktlich 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11-13.
Tages-Ordnung:
Bericht von den Generalversammlungen. — Branchen- und Verbandsangelegenheiten. — Verschiedenes.
Die Kollegen der Firma Rosenthaler Schue sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Läden- und Kontormöbelfischer.
Montag, den 24. April, abends 6 Uhr:
Branchen-Versammlung
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Kasseier. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.
Die Kollegen der Firma Glogowsky u. Co., Rüdigerstraße 151, sind zu dieser Versammlung hiermit besonders eingeladen.

Sommerpreise.

A. B. KOCH
Gegr. 1893 Kohlen- u. Briketts-Großhandlung Gegr. 1893
Hauptkontor: Petersburger Str. 1 Berlin. Telefon: Amt 7, 3040 O 31. und 3096.
Lagerplatz 1: O., Rüdigerstr. 71 (am Köstriner Platz, alt. Ostb.).
Lagerplatz 2: O., Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof).
Lagerplatz 3: N., Behmstr. 36 (Schivelbainer Str., Ecke Malmöer Str.).
Preise für 10 Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:
pr. Ztr.
1a Senftenb. Marienglück Salon 79 Pf. 1a Ilse Salon 95 Pf.
1a Senftenb. Gotthold Salon . 82 Pf. 1a Hallssteine 79 Pf.
1a Diamant Salon 95 Pf. 1a Anthracit Cadé . . . 2.20 Mk.
(Ges. gesch. p. Ztr. 115-120 Stck.)
Bei Frankfurterlieferung je nach Quantum per Ztr. 10-18 Pf. mehr.
Bruchbriketts, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.
Holz, zerkleinert, per Zentner 2.- Mk.
Bei größeren Abschüssen u. Originalweg. vorl. Sie meine Spezialofferte.
Als besond. preiswert sind meine Marienglück-Briketts unübertroffen.
zu empfehlen, welche ich bei 3000 Stück mit
8.00 pr. Taus. bei 30 Ztr. mit **89 Pf. pr. Ztr.**
franko bis 4 Treppen inklusive aller Unkosten liefern.

Orts-Krankenkasse der Handschuhmacher und verwandten Gewerbe.

General-Versammlung
der Delegierten
am Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale von S a h n, Rosenhaler Straße 57. 275/6
Tagesordnung:
1. Kassenbericht des Rendanten.
2. Bericht der Revisoren, Decharge-Erteilung. 3. Verschiedenes.
3. U.: Gustav Schmidt, Vorsitzender, Bahmannstraße 32.

Sonntag, den 30. April 1911, vormittags 10 Uhr,
im Andreas-Garten, Andreasstr. 26:
General-Versammlung
der

Orts-Krankenkasse der Latierer.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht pro 1910. 2. Bericht der Revisoren. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 13246
Um recht zahlreichen Erscheinen ersucht
Der Vorstand,
Robert Zinstler, Vorsitzender.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Rixdorf.
Mittglied des Arb.-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Die angelegten Touren zum Sonntag, den 23. April, fallen aus wegen der Beerdigung des Genossen Vorgmann. — Die Mitglieder treffen sich um 10 Uhr bei Lappert, Steinhilberstraße 114. 10/20
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
Neue Friedrichstr. 35
neben Zentral-Bauhalle
Bietet an jedermann elegante Herren-Garderoben
nach Maß unter Garantie für taubelstetige Sitz gep. wöchentl. Teilz. von 1 Mk. an. Zuschnitterei u. Werkstatt im Hause. Aus Wunsch Besuch d. Herrenben. n. neuem Stoffmuster. Sonntag geöffnet.



Amerikanische Schutzhose
mit selbsttätigen Trägern
D. R. G. M.
Bester Schutz gegen Betriebsunfälle.
Jeder Versuch ist lohnend!
Praktische Erfindung!
Obige Abbildung stellt Vorder- und Rückansicht dar.
Prima echt indigoblauer Koper.
Die Schutzhose reicht bis an die Achselhöhlen heran und wird durch praktische verstellbare Träger befestigt.
Damen 2 Taschen.
Preis für normale Mannesgrößen . . . 3 Mk. 95
Extra weite oder extra lange Größen . . . 4 Mk. 50
Burschen-Größen . . . 3 Mk. 45
Bei Entnahme von 6 Stk. 5% Rabatt.

Kleider-Werke Baer Sohn
11 Brücker-Straße 11.
Chaussee-Straße 29/30.
Gr. Frankfurter Str. 20.
Schöneberg, Hauptstr. 10.
Gauß-Katalog kostenfrei.
Nachdruck verboten.

Tadellos 1 M.
wöchentliche Teilzahlung
liefern elegante
Herren-Moden
fertig u. nach Mass, a. haltbaren Stoffen, neueste Muster, beste Passform, feinste Verarbeitung.
zu billigsten Preisen
auf Teilzahlung.
J. KURZBERG
Maß-Schneiderei
Rosenthaler Str. 40-41 || Frankfurter Allee 104
am Hackeschen Markt. Ecke Friedenstraße.

Arbeiter finden für ihren Beruf
gute und billige Kleidung in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Otto Heinicke.

Ohne Anzahlung!
liefern an jedermann
Möbelauf Kredit
bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung
Komplette Wohnungseinrichtungen
sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen, Portieren, Teppiche, Gardinen, Lein- und Bettwäsche, Stoppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen etc. in modernster Ausführung. Ferner
Garderobe f. Herren, Damen, Kinder
neueste Fasson, grösste Auswahl.
Wochenrate von 1 Mark an.
S. DORN, Alte Schönhauser Str. 3, Ecke Liniénstraße.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Berliner Credit-Haus... Credit-Haus Moabit... Lubascher, S. Spandau...

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause) Gen.-Vertret. Otto Starick NO, Landsberger Allee 6/7.

Franz Abraham... Duvigne & Co. Gutsch, Thaeerstr. 44. T. A. 7. 8176.

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk... Homburger Laden, Charl. Walf. 69.

Bäckereien, Konditor.

Brotfabrik R. Zimmer... Buehl & Sohn, Spandau... Engel's Landbrot... Gaedicke's Bäckerei...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bäckerei „Nordstern“... Peter's Großbäckerei... Conrad Richter... Otto Scillat... P. Springer... Max Sander... Max Sander, Dunkerstr. 23.

Brotfabrik

Brotfabrik Nied.-Schönhausen... P. Springer... Max Sander... Max Sander, Dunkerstr. 23.

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Bezugsquellen-Verzeichnis.

With. Scholem... Bierbrauereien, Bierh. W. Adelung & A. Hoffmann... Potsdamer Stangenbier... Bergbrauerei... Berliner Bock-Brauerei...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn...

F. Hagen 22... August Holz... Carl Jacobczyk Spandau... Kosmalla, E... Butterhandlung Fritz Math. Maeding, J... Nordstern... Pomorski, Paul... W. Riesner... Ernst Schneider, Spandau... Schröter, R. 35... A. Talman... Uhly & Wolfram... Vereinigte Pommersche Meiereien... Georg Wunder... Cacao, Chocolate... Cyliax, G... Die Fabrikate der „Sarotti“... Cigarrenhandlungen... Klein, Wilh... Gorgas, M... Alb. Kasulke... Gust. Lenz... P. Moldenhauer... Georg Reiner... J. C. Schütze Nachf... H. C. Schupke... Georg Stasnowski... Rob. Stindt Nachf... Paul Tieg, Chausseestr. 42... Troike, Th. Spandau... Wesch, Charlthg... Franz Wolmer... Gerhardt... Fahrrad, Nähmasch... Brennabor... Alex Dam... Fahrrad-Leihhaus Lohmann... Wolff... A. Kieper, Nowawes... Drogen u. Farben... Adler-Drogerie... Krüger, Rich... Ernst Machnow... Carl Müller... Färbereien, Wäscher... Ohne Chlor... Dampfwascherei... Dampfwascherei Nordstern... Fortsetzung siehe nächste Seite.

Haeberlein, Trept... Hansa-Drogerie... Knesebeck-Drog... Lerch, Ph... O. Naefe... Taubert, J... C. Ahlers & Co... Kahl... Chr. Kroog... Winkler & Bärhold... Fleischer u. Wurstw... Wilhelm Behr... August Bienen... G. Brucklacher... Otto Böling... W. Becker... Danziger Fleisch-Centrale... Rich. Deckert... Max Dlugosz... Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn... Nord-Deutsche Fleisch-Zentrale... Glas u. Porzellan... Floeder & Kroll... Phonographen-Katz... Haus u. Küchengeräte... Dühnert, O... Köchen-Schreier... Albert Jähnert... Fritz Jentsch... A. Joors... Franz Jordy... Jul. Kempe... Fortsetzung siehe nächste Seite.

Unterstehende Geschäfte

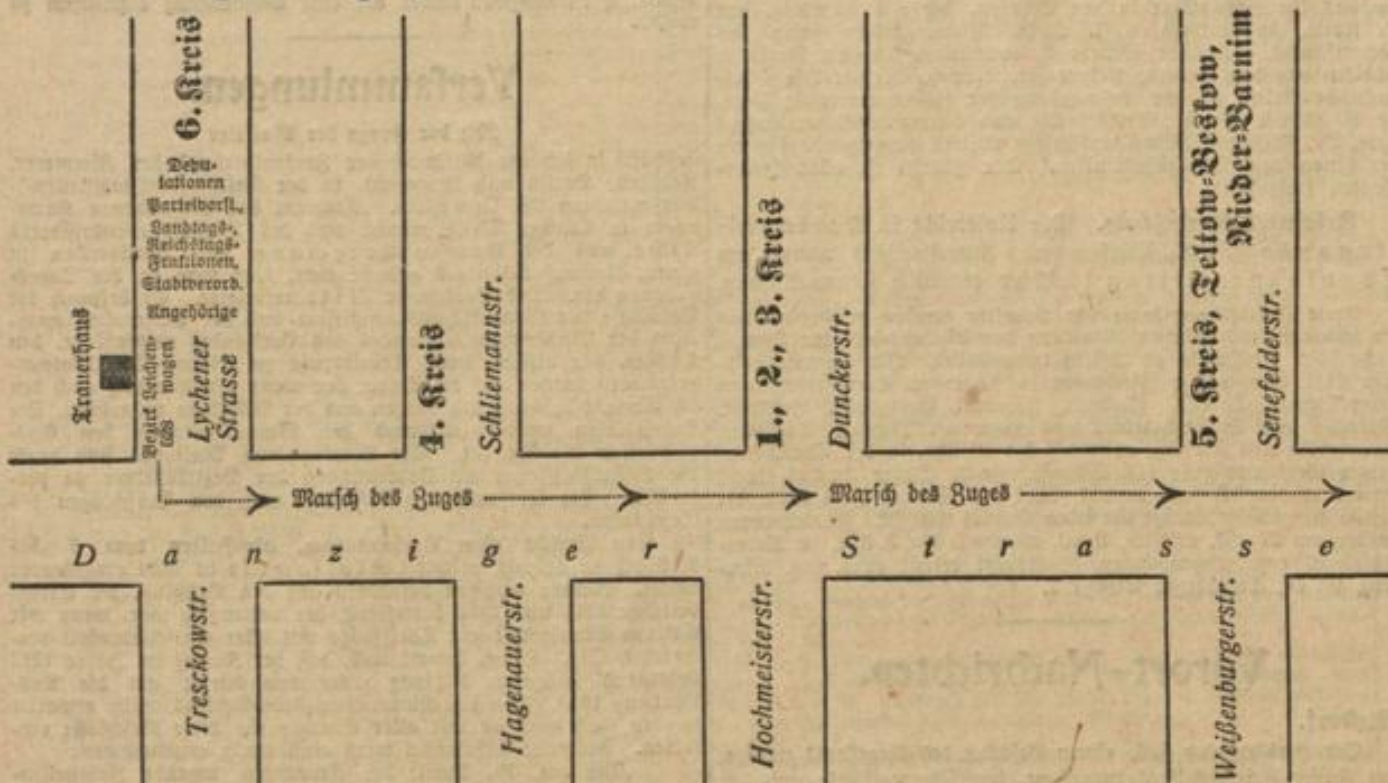
empfehlen sich bei Einkäufen... Reich... Dampfwecherei Sport... O. Naefe... Taubert, J... C. Ahlers & Co... Kahl... Chr. Kroog... Winkler & Bärhold... Fleischer u. Wurstw... Wilhelm Behr... August Bienen... G. Brucklacher... Otto Böling... W. Becker... Danziger Fleisch-Centrale... Rich. Deckert... Max Dlugosz... Anton Fehlau... August Haffer... Fleisch-Zentrale Charlottenbg... Oskar Fritsch... Gerhardt... Eduard Grunwald... Oskar Grube... Richard Hahn... Nord-Deutsche Fleisch-Zentrale... Glas u. Porzellan... Floeder & Kroll... Phonographen-Katz... Haus u. Küchengeräte... Dühnert, O... Köchen-Schreier... Albert Jähnert... Fritz Jentsch... A. Joors... Franz Jordy... Jul. Kempe... Fortsetzung siehe nächste Seite.

Lebensmittel-Größhandlung

Oskar Klähn... Max Knaut... August Koch... Hermann Köhler... Gust. Kunze... Ernst Kurth... G. Krause... K. Lange... Linke's Fleischzentrale... Herm. Leucht... Wilhelm Liebherr... Max Lieske... W. Lindner... Fr. Lindemann... F. Löffler... Lueke, Joh... H. Matzker... Otto Menzel... Merker, P... Gottfr. Meussling... Albrecht Müller... Adolf Nagel... Max Neubert... Julius Off... Karl Petrich... Jul. Pyttik... Fritz Rasch... A. Rathenow... Peter Rechel... Reimann... O. Rosemann Nachf... E. Schauer... Bob. Schäfer... Bernhard Schnell... A. Siewert... Wilhelm Schmale... E. Scherzberg... Edward Schmid... J. Scholz... Schönhauser... Oskar Schubert... Albert Schucht... O. Schreiber... Max Sommer... W. Tauche... Fr. Thiel... Thiel, N... Thuring. Fleisch u. Wurst-Fabr... T. Sommermann... Albert Urban... Karl Unte... Franz Velt... Wilh. Vogel... E. Weitzel... C. Wiese... Wiedmann & Swacke... Herm. Wilhelm... Fritz Wiedruck... Gottlieb Wloch... Wo... P. Wontora... Wurst-Bergwardt... Wurst-Centrale... Wurst, Speck, Schinken... Nord-Deutsche Fleisch-Zentrale... Paul Zwarg... Glas u. Porzellan... Floeder & Kroll... Karl Harms... G. Krüger... A. Wilborn... Winkelmann... Oberchönewalde... Gramoph. Sprechm... Becker, W... Hoyer, A... Phonographen-Katz... größtes Spezialhaus... Sprechmaschinen-Centrale... Arthur Kühn... Haus u. Küchengeräte... Dühnert, O... Köchen-Schreier... Albert Jähnert... Fritz Jentsch... A. Joors... Franz Jordy... Jul. Kempe... Fortsetzung siehe nächste Seite.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zum Begräbnis Hermann Borgmanns.



Aufstellung des Zuges:

In der Lybener Straße: Der Bezirk 528, ein Musikchor, der Leichenwagen, die Anverwandten, die Stadtverordneten, die Landtags- und Reichstagsfraktion, der Parteivorstand, die Redaktion, die auswärtigen Deputationen, der 6. Wahlkreis.

In der Schliemannstraße: der 4. Kreis.

In der Dunderstraße: der 1., 2. und 3. Kreis.

In der Senefelderstraße: der 5. Kreis, Teltow-Beeskow, Nieder-Varnim.

Aufmarsch des Zuges:

Der Zug setzt sich Punkt 12 Uhr von der Lybener Straße aus in Bewegung. Vorn marschieren die in der Lybener Straße Aufgestellten, dann schließt sich der 4. Kreis dem 6. Kreis an, ebenso der 1. Kreis dem 4. Kreis und der 5. Kreis dem 3. Kreis.

Der Zug marschiert auf der linken Seite der Straßen und bewegt sich die Danziger Straße entlang, passiert die

Elbinger und Pefersburger Straße, die Frankfurter Allee bis zum städtischen Friedhof in Friedrichsfelde.

Zutritt zu der Feierlichkeit auf dem städtischen Friedhof haben außer den Angehörigen nur die Stadtverordneten, Landtags- und Reichstagsabgeordneten, der Parteivorstand, die Kranzdeputationen, die Redaktion, die auswärtigen Deputationen und die Vertreter der Presse. Für die letzteren werden Eintrittskarten ausgegeben. Schriftliche Gesuche um Karten sind zu richten an Eugen Ernst, Lindenstr. 69. Mündliche Gesuche sind zwecklos.

Fahnen dürfen nur mitgeführt werden, wenn sie tief mit Flor verhüllt sind. Größere Kränze sowie Fahnen können im Wagen mitgeführt werden.

Die offizielle Feier findet bei schlechtem Wetter in der Leichenhalle, sonst auf dem Platz vor derselben statt.

Vor dem Grabe sind nur ganz kurze Widmungsworte der Kranzträger gestattet.

Die Genossen, welche nachher die Grabstätte besuchen wollen, werden dringend gebeten, nach der offiziellen Feier in geschlossener Reihe vorbeizugehen.

Die Ordner vor und auf dem Friedhof stellt der 4. Kreis, die gesamten Ordner im Leichenzuge stellt der 6. Kreis. Der geschäftsführende Ausschuss.

Frauenpersonen vorgenommene Bückigung gegen alle Sittsamkeit verstieß und den entgegengesetzten Erfolg hatte; aber dafür trat an die Stelle des Fuchses für weibliche Inzassen der Riesenburg der Zwangsstuhl, in den die Delinquenten so eingeschlossen wurden, daß sie sich nicht rühren und nur durch kleine Öffnungen Luft schöpfen konnten. Die Fuchskammer, die zwar keine „Spanische Stiefel“ und „gepöckelte Hasen“ mehr enthielt, war gleichwohl mit ihren Requisiten an Ketten, Fuß- und Handfesseln, Peitschen, Ruten und den ebenerwähnten Strafgeräten eine richtige Folterkammer und dem mittelalterlichen Vorbild getreu hatte man sie auch so angelegt, daß das Geschrei der Bezüchtigten die Mauern nicht durchdringen konnte. Und in dieser Kammer ist vielleicht auch noch nach der offiziellen Abschaffung der körperlichen Bückigung nach Kräften geprügelt worden. Die Mauern waren ja verschwiegen.

Knuten-Dertel, der fast in jeder Nummer seiner „Deutschen Tageszeitung“ für Wiedereinführung der Prügelstrafe eintritt, muß das Herz im Leibe lachen, wenn er die obige Schilderung liest; nur bedauern wird er, daß wir heute noch nicht „so weit“ sind wie Anno dazumal.

Der Osterverkehr der Stadt, Ring- und Vorortbahnen weist in diesem Jahre eine außerordentliche Zunahme, nämlich um mehr als 21 Proz. auf. Es wurden nämlich an den drei Osterfeiertagen insgesamt 2 677 864 und einschließlich Karfreitag 3 263 873 Fahrkarten verkauft, das sind gegen das Vorjahr 571 612 mehr. Den lebhaftesten Verkehr brachte der zweite Feiertag, an welchem allein 1 150 771 Fahrkarten gelöst wurden. Der Hauptverkehrsstrom flutete diesmal nach Potsdam bezw. Königswusterhausen; nach diesen Stationen wurden am zweiten Feiertage 129 791 bezw. 109 675 Fahrkarten verkauft; die nächst dem frequentesten Vororte waren Belten (50 724) und Fürstenaalbe (76 581). Auf den Berliner Fernbahnstrecken ist der Verkehr um 11 Proz. gestiegen. An den letzten vier Tagen vor Ostern wurden hier 202 552 Fahrkarten (gegen 182 391 im Vorjahre) verkauft, am Osterfestabend allein 66 241 (im Vorjahre 57 265). Außer den fahrplanmäßigen Personen- und Schnellzügen sind noch 291 Sonderzüge von und 277 Sonderzüge nach Berlin gefahren worden.

Monatskarten. Die Eisenbahnverwaltung weist darauf hin, daß die Monatskarten für Monat Mai bereits jetzt bei den Fahrkartenausgaben ausgegeben werden. Das Publikum wird im eigenen Interesse ersucht, die Monatskarten möglichst frühzeitig zu lösen, da bei dem starken Verkehr am letzten und ersten Tage jeden Monats Störungen an den Schaltern nicht zu vermeiden sind.

Die Banarbeiterversammlung am Sonntag findet der Beisehungsfest des Genossen Borgmann wegen schon um 9 Uhr vor-mittags statt.

Musikalische „Kanonen“. Die Konkurrenz der Berliner Caféhäusmusik hat schon seit längerer Zeit zu recht seltsamen Auswüchsen geführt. Die Kapellmeister, mit einem typischen Ausdruck „Kanonen“ genannt, suchen sich gegenseitig durch möglichst großen Mißsinn zu übertrumpfen. Ganz abgesehen von der lächerlichen Art, sich „genial“ zu stellen und zu frustrieren, produzieren sie während des Spiels Glibberverrenkungen, die eher in ein Tollhaus als auf das Musikpodium gehören. Man sucht vergebens nach einem Zusammenhang mit musikalischen Genüssen und kann sich den Rumpst nur so erklären, daß ein gewisses Publikum, welches an solchen Idiotensprüngen seine kindische Freude hat, angelockt

werden soll. Schließlich will sich ja jeder ernähren, so gut er kann, aber die Kirche soll doch auch hier im Dorfe bleiben. Jetzt hat dieser Musikantenput auch schon auf kleinere Restaurants in allen möglichen Stadtgegenden, im Zentrum wie in den Vorstädten, übergriffen. Geiger mit ungeheuren blonden und schwarzen Mähnen tanzen, während sie aufspielen, wie die Widben im Lokal umher, springen auf die Tische, gehen fidelnd sogar auf die Straße und zeigen sich in einer Rolle, die das Gefühl der Menschenwürde aufs tiefste verletzen muß. Nebenbei schenken die sogenannten Kanonen auch Bier ein, bedienen die Gäste und betteln um Trinkgeld. In einigen Lokalen, vor denen allabendlich größere Menschenansammlungen stattfinden, hat sich bereits die Polizei ins Mittel gelegt. Das ist zwar ziemlich überflüssig, aber man sollte doch der Polizei keine neue Handhabe bieten, um den Gastwirten wegen solcher musikalischen Darbietungen, die hart an Wödsinn streifen, etwas am Zeuge zu fällen. Vernünftiges Publikum wird sich an solchen Auswüchsen der Café- und Restaurantmusik schwerlich ergötzen können.

Wieder einer von den Alten ist in der Person des Genossen Moritz Voigt aus der Koppenstraße 84 dahingegangen. Voigt gehörte zu den Genossen, die während des Sozialistengesetzes treu und brav für die Partei gewirkt haben. Als Mitbegründer des Deutschen Arbeiterverbandes und langjähriger Vorsitzender hatte er manchen Strauß mit der Polizei zu bestehen, die die Versammlungen während des Ausnahmegesetzes bei jeder Gelegenheit auflöste. Aus einem solchen Anlaß geriet er einmal mit einem Leutnant zusammen, was ihm vier Wochen Gefängnis einbrachte. Voigt ging aber immer unbeirrt den graden Weg und ließ sich durch nichts einschüchtern, nach wie vor die Interessen seiner Kollegen und die der Partei wahrzunehmen. Voigt ist 65 Jahre alt geworden. Diejenigen, die ihn kannten, werden seiner gedenken.

Wieviel Einwohner Berlin hat,

das kann selbst durch die Volkszählungen gewiß nicht mit voller Sicherheit ermittelt werden. Noch unsicherer ist das Ergebnis der sogenannten Bevölkerungsfortschreibung, die für die Zeit zwischen den Zählungen regelmäßig vom Statistischen Amt der Stadt ausgeführt wird. Fortgeschrieben wird die Bevölkerungszahl in der Weise, daß man ständig zu ihr den Zugang aus Geburten und Zuzüge addiert und andererseits den Abgang aus Sterbefällen und Wegzügen subtrahiert. Da aber die Meldungen besonders der Wegzüge stets sehr unvollständig eingehen, so wird zu den Wegzugsmeldungen, um diese Fehlerquelle möglichst einzuschränken, regelmäßig noch ein Zuschlag gemacht. Wie hoch er für ein Jahr fünf zwischen zwei Volkszählungen zu bemessen war, das läßt sich immer erst nach der das Jahr fünf abschließenden Zählung beurteilen. Aus der Abweichung der durch Fortschreibung berechneten Bevölkerungszahl von der durch Zählung ermittelten, die als die zuverlässigere anzusehen ist, ergibt sich die Höhe des Wegzugszuschlags, der zu machen gewesen wäre. Und in dieser Höhe wird der Zuschlag dann einstreifen auch für die folgenden Jahre beibehalten.

Run wurde für Berlin bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1910, deren Ergebnis das Statistische Amt nach vorläufiger Zusammenstellung noch im Dezember bekanntgab, eine Bevölkerungszahl von 2 064 153 Personen ermittelt. Das ist sehr viel weniger, als das Fortschreibungsergebnis, das für Ende November auf ungefähr 2 134 000 Personen sich berechnen ließ. (Hierbei kann als belanglos gelten, daß bei den Zählungen nicht die Wohnbevölkerung, sondern die ortsbewohnende Bevölkerung ermittelt wird.) Das Fortschreibungsergebnis war um rund 70 000 höher als das Zählungsergebnis. Diese bedeutende Abweichung zeigt, daß die Unvollständigkeit der Wegzugsmeldungen in den letzten Jahren noch sehr viel schlimmer gewesen sein muß, als angenommen worden war. Den Zuschlag zu den Wegzugsmeldungen, der die Unvollständigkeit weitmachen sollte, hatte das Statistische Amt in dem letzten Jahr fünf ohnedies schon ungewöhnlich hoch bemessen. Nach der Zählung von 1906 hatte es zunächst zu den Wegzugsmeldungen bei den männlichen Personen 23,6 Proz., bei den weiblichen 15,3 Proz. zugeschlagen. Kom April 1908 ab wurde, in Rücksicht auf die Ergebnisse der zu Steuerzwecken alljährlich ausgeführten Personenstandsaufnahmen, der Wegzugszuschlag bei den männlichen Personen auf 25 Proz., bei den weiblichen auf 16 Proz. erhöht, und vom Januar 1911 wurde eine weitere Erhöhung auf 30 Proz. bei den männlichen und 20 Proz. bei den weiblichen Personen für nötig gehalten. Das hat aber nicht gehindert, daß im Dezember 1910 das Zählungsergebnis immer noch sehr beträchtlich hinter dem Fortschreibungsergebnis zurückblieb, weil offenbar die Wegzüge noch zahlreicher waren. Erst jetzt läßt sich in vollem Umfang erkennen, wie gewaltig in der letzten Volkszählungsperiode die Abwanderungsflut war, die durch die Wirtschaftskrisis mit ihrem Arbeitsmangel hervorgerufen wurde. Das Statistische Amt hat hiernach den Zuschlag zu den Wegzugsmeldungen auf 32,3 Proz. bei den männlichen Personen und 23,2 Proz. bei den weiblichen Personen erhöht und dementsprechend auch die Bevölkerungsfortschreibung auch für die Jahre vor der letzten Zählung berichtigt.

Die berichtigten Zahlen wurden schon Anfang Januar bekanntgegeben. Um so mehr muß es befremden, daß jetzt in dem soeben veröffentlichten Jahresbericht über die allgemeine Verwaltung des Magistrats im Etatjahr 1909/10 die beigegebene Uebersicht über die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung noch die alten Zahlen bringt. Die Uebersicht schließt mit der Angabe, daß Ende 1909 Berlin 2 120 667 Einwohner gehabt habe, während das Statistische Amt das Fortschreibungsergebnis längst dahin berichtigt hat, daß damals die Einwohnerzahl sich nur auf 2 052 065 gestellt haben werde. Der Magistratsbericht ist datiert vom 1. März 1911. Selbstverständlich hat auch der Magistrat zu diesem Zeitpunkt bereits gewußt, was sein Statistisches Amt zwei Monate vorher berechnet und veröffentlicht hatte. Aber bürokratische Phobanterie verbietet ihm, schon im Bericht für 1909/10 davon Kenntnis zu nehmen, daß das Fortschreibungsergebnis inzwischen als unrichtig erkannt wurde. Für ihn hat Berlin noch immer etwa 70 000 Einwohner mehr, als nach dem Zählungsergebnis anzunehmen ist.

Die Speere des Berliner Viehhofes, die am 15. April wegen Ausbruchs der Raul- und Klauenleude verhängt worden war, ist, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ meldet, gestern nach Beendigung der borgeführten Desinfektionsarbeiten wieder aufgehoben worden.

Ein- und Umschulungen. Nach einem Antwortschreiben der städtischen Schuldeputation an den Rektorenverband soll in Zukunft die Umschulung von Schule zu Schule erfolgen. Eltern und Kinder können die Schulweise nicht mehr in die Hand. Auf die Tätigkeit bezw. Mitarbeit der Schulkommissionen bei der Einschulung will die Schuldeputation aber keinesfalls verzichten. Die Einschulung erfolgt also nach wie vor durch die Schulkommissionen, die Umschulung ist den Rektoren zugewiesen worden. Der Rektoren-

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt). Zahlmorgen für Buchdruckeri-Nacharbeiter: Sonntag, den 23. April er., bei Jul. Meyer, Oranienstr. 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Berichte der Vertrauensleute. 3. Genosse Dr. Gramsch: Die Schwierigkeiten der Agitation und Organisation bei den Landarbeitern. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Die Vertrauensleute.

Zehlendorf (Wannseebahn). Morgen, Sonntag, früh 7 Uhr, von allen Bezirken aus: Wichtige Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Brig-Budow. Sonntag, den 23. April, morgens 8 Uhr: Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Niederschöneweide. Am Sonntag, den 23. d. Mts., vormittags 8 Uhr: „Vorwärts“-Agitation für den ganzen Ort vom Genossen Hiltcher, Berliner Straße 64e Fernstraße, aus.

Waldhof. Morgen, Sonntag, den 23. April, vormittags 8 Uhr, vom Jugendheim, Bismarckstr. 11, aus: Handzettelverteilung. Der Vorstand.

Hohen-Schönhausen (Bezirk Lichtenberg). Am Montag, den 24. d. Mts., im Lokal von H. Kühle, Berliner Straße 89: Öffentliche Protestversammlung. Tagesordnung: 1. Die neue Reichsversicherungsordnung nach den Vorschlägen der Kommission. Referent Eugen Brückner. 2. Aufstellung von Kandidaten für die Delegierten-Erstaahl der hiesigen Ortskrankenkasse. 3. Verschiedenes. Der Einberufer.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West. Zur Teilnahme an der Beerddigung des Genossen Borgmann treffen sich die Genossen am Sonntagvormittag 10 Uhr im Lokale des Genossen Jander, Sachsenstraße 18.

Lichtenrade. Sonntag, den 23. d. Mts., morgens 8 Uhr, vom Lokale des Herrn Janke, Hohenzollern- und Krüger-Straßen-Ecke aus: Flugblattverbreitung.

Berliner Nachrichten.

Auch ein „Jubiläum“. Der 24. April bringt die hundertjährige Wiederkehr des Tages, an dem die körperliche Bückigung lebenslänglich Inhaftierter, der sogenannte Willkommen, abgeschafft worden ist. Vollständig ist die Prügelstrafe erst 1848 aus den preussischen Strafanstalten und aus dem Strafgesetzbuch verschwunden, und somit erinnert dieses „Jubiläum“ leider daran, daß noch vor wenigen Jahrzehnten in den preussischen Gefängnissen Peitsche und Rute als Besserungsmittel galten. Die Berliner Kriminalgefängnisse, besonders die Stadtdogtei, sind lebendige Denkmäler aus dieser wenig rühmlichen Zeit. Einen recht wichtigen Platz nahm sowohl im Dönsenkopf, dem ehemaligen Arbeitshaus Berlins, wie in der „Riesenburg“, der „Schweren“ Station der Stadtdogtei am Rolkensmarkt, der „Fuchs“ ein, die Prügelmaschine, die in der Fuchskammer stand und über welche diejenigen gespannt wurden, denen mit Peitschen- oder Rutenschlägen eine körperliche Bückigung erteilt werden sollte. Allerdings wurde der Fuchs für weibliche Gefangene, wenn sie das zehnte Lebensjahr überschritten hatten, seit 1833 nicht mehr angewandt, weil man doch eingesehen hatte, daß eine solche, im Weissen von Männern, an erwachsenen

Unterschlagungen bei einer Filiale der Deutschen Bank,

Bei denen es sich um eine Summe von etwa 73 000 M. handelt, beschäftigt die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber. Die auf Unterschlagung, Untreue bezug. Beihilfe und Begünstigung lautende Anklage richtet sich gegen folgende vier Personen: 1. den Oberkassierer Gustav Hoefling, verteidigt durch Rechtsanwalt Dr. Puppe; 2. den Kassierer Richard Krause, verteidigt durch Justizrat Wronker; 3. den Kassierer Fritz Giese, verteidigt durch Rechtsanwalt Dr. Werthauer; 4. den Kaufmann Ludwig Weber. Die Anklage wird vom Staatsanwalt Fuchs vertreten. Die ersten drei Angeklagten sind jahrelang auf der Postkassette G. der Deutschen Bank in der Königstraße angestellt gewesen und sollen in den Jahren 1907 bis 1910 etwa 73 500 M. unterschlagen haben. Davon entfallen auf Hoefling 13 000 M., auf Krause 50 000 M. und auf Giese 10 500 M. Die ersten drei Angeklagten sind seit einigen Jahren verheiratet, Hoefling ist auch Vater zweier Kinder, der Angeklagte Weber ist mit der Schwester des Angeklagten Krause verlobt. Hoefling ist am 1. Dezember in Haft genommen worden, Krause und Giese sind etwa 14 Tage später in Frankreich verhaftet worden. Die drei Hauptangeklagten haben es verstanden, durch ein Zusammenarbeiten und eine ganz raffiniert erdachte Methode die Unterschlagungen vor den Augen der Beamten, die zeitweilig die Revisionen der Kassen vorzunehmen hatten, zu verdecken und bei den Revisionen, deren Termin ihnen nicht unbekannt blieb, durch augenblickliche Scheinabrechnungen usw. die Revisoren zu täuschen und die Kassen so herzustellen, daß sie stets den buchmäßigen Inhalt zeigten. Der Angeklagte Hoefling erklärte auf Befragen, daß er eine Schädigung der Bank nicht beabsichtigt und nie geglaubt habe, daß die ganze Sache eine solche Entwicklung nehmen würde. Er sei i. Z. mit einem Gehalt von 3150 M. als Kassierer angestellt worden; nach Abzug der Beiträge von Rente, Steuern usw. seien ihm knapp 1800 M. zum Leben geblieben, und dies habe nicht ausgereicht. Das Unglück habe ihn wie sein Schatten verfolgt, und als er sich 1907 verheiratete, habe er eine Schuldenlast von 700 bis 1000 M. gehabt. Er habe dann schwere Krankheiten durchzumachen gehabt, und die Arztkosten seien stets sehr hoch gewesen. Er habe sich schließlich an Krause gewandt, von dem er wußte, daß dieser aus seiner Kasse Geldbeiträge an Kollegen verlieh und dafür Schuldscheine in die Kasse legte. Daraus habe sich dann auf Krauses Anregung die Entnahme von Geldern aus der Kasse entwickelt, er habe aber immer diese ganze Entnahme nicht als Unterschlagungen betrachtet, sondern nur als Darlehen, zu deren Rückgabe er sich verpflichtet fühlte. Angeklagter Giese erklärte, daß er zunächst durch Verleihen von Geldbeträgen aus der unter ihm stehenden Kasse an Beamte auf eine schiefe Ebene geraten sei. Erst als er wahrnahm, daß der ihm gegenüber sitzende Krause, der ein Konto auf der Bank hatte, allerlei Manipulationen ausführte, die auf Täuschung der Revisoren berechnet waren und von diesem um Stillschweigen gebeten wurde, habe er sich dazu hergegeben, auch für sich Beträge aus der Kasse zu entnehmen. Der Angeklagte Krause ist nach seiner Angabe zunächst Buchhalter, dann Oberbuchhalter und schließlich Kassierer gewesen. Er behauptet, nur ein Gehalt von 132 M. monatlich bezogen zu haben, welches sich durch Nebeneinnahmen bis auf 150 M. gesteigert habe. Damit sei er nicht zurechtgekommen und habe sich, um sich eine Nebeneinnahme zu verschaffen, auf Börsenspekulationen eingelassen, wozu ihm Gelder Verwandten zur Verfügung gestellt worden waren. Er habe dabei aber immer Redensklänge erhalten, und er sei immer tiefer hineingeraten. Da er Entdeckung der Unterschleife befürchtete, habe er mit Hoefling und Krause Gespräche abgehalten, mit dem Endziel, daß das gesamte Delikt so schnell als möglich gedeckt werden müsse. Es sei ihm selbst gelungen, in kurzer Zeit 40 000 Mark aufzubringen, und obgleich Hoeflings Bemühungen, Geld zu beschaffen, erfolglos gewesen, habe er nach seiner ganzen Vermögenslage die Ueberzeugung haben können, daß er auch den Rest noch beschaffen könne, wenn man ihm nur noch einige Tage Zeit ließe. Da sei aber nicht der Fall gewesen, und deshalb sei er mit Giese zu dem Entschluß gekommen, sich durch den Mund des Angeklagten Weber der Direktion zu offenbaren in der Hoffnung, daß diese von einer Strafanzeige Abstand nehmen würde, wenn sie schädlos gehalten werden würde. Weber habe auch in diesem Sinne mit der Direktion verhandelt. Er, Krause, habe es für geraten gehalten, inzwischen sich außerhalb des Reichslands zu begeben und sei mit Giese nach Amsterdam und von dort nach Lille gefahren, wo schließlich ihre Verhaftung erfolgte. Der Angeklagte Weber ist nur beschuldigt, seinem zukünftigen Schwager Krause Beistand geleistet zu haben, um ihn der Verurteilung zu entziehen. Das geschieht der Angeklagte etc. Er ist der Meinung, daß er anders gar nicht habe handeln können, denn die beiden Angeklagten, von denen der eine sein zukünftiger Schwager gewesen, seien vor Schreck und Aufregung halb wahnsinnig, ihre Familien völlig verzweifelt gewesen. Bei dem Geständnis der Angeklagten erübrigte sich jede Beweisaufnahme. Staatsanwalt Dr. Fuchs berücksichtigte zugunsten der Angeklagten, daß diese wohl nicht von Anfang an darauf ausgegangen seien, die Bank zu betrügen. Die anfänglich kleinen Beträge, die sie entnommen, seien aber immer mehr angewachsen, so daß sie schließlich unmöglich mehr der Ansicht sein konnten, sie decken zu können. Es handle sich hier um junge Leute in verantwortlicher Stellung, durch deren Finger täglich große Geldsummen gingen und die der Verurteilung unterliegen seien. Andererseits haben sie aber doch eine große Portion Reichtum und einen großen Mangel an sittlichem Halt gezeigt. Krause sei gewissermaßen das Zentrum der Korruption gewesen, er habe die beiden anderen in seinen Konzernen gezogen. Am mildesten sei Weber zu beurteilen, der lediglich in einen Konflikt sittlicher Pflichten geraten sei und sich dadurch strafbar gemacht habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen Hoefling 1 Jahr 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft, gegen Krause 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten, gegen Giese 1 Jahr 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten und gegen Weber 200 M. Geldstrafe eodent. 20 Tage Gefängnis. Die Rechtsanwälte Dr. Puppe, Justizrat Wronker und Dr. Werthauer hoben alle die Momente hervor, die nach ihrer Ueberzeugung für eine Herabminderung der Strafen sprächen.

Das Urteil

lautete gegen Hoefling wegen Unterschlagung auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis, von denen vier Monate als verbüßt erachtet wurden, gegen Krause wegen Unterschlagung auf zwei Jahre Gefängnis, von denen zwei Monate verbüßt sind, gegen Giese wegen Unterschlagung auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten auf die Untersuchungshaft, gegen Weber wegen Begünstigung auf dreißig Mark Geldstrafe oder drei Tage Gefängnis.

Eingegangene Druckschriften.

- Die gefährliche Frau. Von Berns. 176 S. R. Jacobsthal u. Co., Schöneberg.
Ein Verrat. Drama von D. Kornfeld. 76 S. W. H. G. Müller, Leipzig.
Der Tod. Tragödie. - Der Spielmann. Legendenspiel von E. Gedder. 55 S. „Uta“, Charlottenburg.
Viktor Pollin. Roman von Gustav G. Gelferham. Ged. 1 M., in Leinen 1,25 M. E. Fischer, Berlin, Wilhelmstr. 90.
Weltwirtschaftliche Aufgaben der deutschen Verwaltungspolitik. Von Dr. C. Garm. 1 M. E. Fischer, Jena.

- Drei Aufsätze über den Reyerbund. Von Prof. A. Hansen, Frankfurt a. M. Neuer Frankfurt Verlag. 40 Bl.
Im Sonnenschein. Wandzeitungsblätter von H. Dmorgal. 187 S. - Der letzte Strahl von S. Tomasz. 64 S. - Es fiel ein Reif. Gedichte von E. J. Rauer. 171 S. - Eine Orientreise. Von S. v. Verdungen. - Der Lebenslauf eines vormaligen Verwaltungsbearbeiters. Von Dr. J. Dangel. 57 S. E. Koenig, Wien.
Zur Kritik des § 6 des Entwurfs eines Gesetzes gegen Mißstände im Holzgewerbe. Von Dr. R. Hirsch. 27 S. (Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik.)
Die Holzindustrie in der amtlichen Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Bearbeitet nach den Veröffentlichungen des Reichs-Statistischen Amtes. 2 M., gebd. 2,50 M. - Die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse in den Karosseriebau-Werkstätten. Nach einer von der Zentralkommission der Stellmacher im Herbst 1910 vorgenommenen Erhebung. 50 Bl. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin O. 2.
Weltgeschichte. Mehrere Bände. Lieferung 33-40. Herausgegeben von Prof. Dr. J. v. Sillig-Leitung. Lieferung 60 Bl. Ullstein u. Co., Berlin.
Jahresbericht des Arbeitersekretariats für Kiel und Umgegend. 1910. 114 S. Selbstverlag.
Gegen keinen Willen. Wenn die weißen Früchte reifen. - Novellen von K. v. Gersdorff. 20 Bl. D. Dillger, Berlin W. 9.
Wolfs poetischer Hansfuß des deutschen Volkes. Erneuert durch Dr. H. Bränel. Leinen. 4,80 M. D. Dillger, Leipzig.
Geschichten aus dem Tierleben. Von A. Ratz. 1,50 M. Haupt u. Hammer, Leipzig.
Hat sie richtig gehandelt? Von A. Hanson. 2 M., gebd. 3 M. Das zweite Gesicht. E. Fischer, Verlag, Berlin. 2,50 M., gebd. 3,50 M.
Ablösung vor. Roman von C. Alberti (Eiffenfeld). Vita, Deutsches Verlagshaus, Berlin-Charlottenburg. Preis 4 M., gebd. 6 M.
Jahresbericht 1910 des Arbeitersekretariats zu Götha. 20 S. Selbstverlag.
Verfall. Roman von G. Dufama Knoop. 3,50 M. - Die Straße der Erkenntnis. Roman von Carl G. Reuling. 4 M. - Laurentius. Novellen von J. Rahl. 3,50 M. - Wenn der Traum gerinnt. Novellen von J. Servas. Verlag von Egon Fleischel u. Co., Berlin W. 3 M.
Die junge Welt. Herausgegeben von L. Stern. Bd. 1. Soziale Balladen. Von J. L. Stern. - Bd. 2. Soziale Wanderer. Von R. Winter. - Bd. 3. Friedrich Schiller. Von E. Bernerstorfer. - Bd. 4. Die Indianer. Von H. Schulz. Einzelband 20 Bl. 3. Band u. Co., Wien VI.
Silber und Vignetten. - Frühling - Sommer. Von L. Richter. Je 1,20 M. Vogel u. Schabe, Leipzig.
Memoiren eines Wiener Advokaturgehilfen. Realistische Erzählung von S. Kraus. 2 Bände. Verlag, Budapest Reflektionsca. 25.
Auf der Barricade. Gedichte von E. Krowitz. 1 M. E. Tröwe, Berlin W. 15.
Arno Holz und der Charon. Eine Abrechnung von Otto zur Linde. 1,20 M. - Töne der stillen Erinnerung und der Leidenschaft zum Kompendium. Gedichte. 1,50 M. - Gespräche des Lebens. Gedichte. 2 M. Beide von H. Paulsen. - Silbergläsern. Gedichte von Franziska Otto. 2 M. - Tage der Halle. Gedichte von R. Richter. 2 M. - Otto zur Linde. Gesammelte Werke. Bd. 2 und 3, je 2 M. Charon-Verlag, Groß-Lichterfelde-Berlin.
Von der Macht der Presse in Deutschland. Von Dr. C. Erler. 1,80 M. Sprengler, Berlin NW. 52.
Farbige Tierbilder. Neue Folge. Heft 2. Von B. Kupferl. Erscheint in 10 Heften a 2 M. R. Udenburg, Berlin SW. 48.
Aus Natur und Geisteswelt. Band 88: Die optischen Instrumente von R. v. Rohr. Band 314: Agrarökonomie von A. Krich. Band 316: Landwirtschaftliche Maschinenkunde von G. Fischer. Band 335: Das Aquarium von E. B. Schmidt. Einzelband 1 M., gebd. 1,25 M. G. O. Teubner, Leipzig.
Sichotrummel von L. Richter. 40 Bl. Selbstverlag, Deutsch bei Leipzig.
Geschichte der Fehde zwischen Theologie und Wissenschaft von Professor Andrew Dixon White. 4,80 M., gebd. 6,- M. Th. Thomas, Leipzig.
Das Zuwachstenergesetz von Dr. A. Sadekm. Rammheim und Leipzig 1911. J. Bensheimer. Geb. 2,50 M.
Erinnerungen an vergangene Zeiten und deren Schlussfolgerungen von J. Kazianzky. 2,40 M. Selbstverlag, Dabos-Platz (Schweiz).
Der Luftschiff-Walzer von Freya Sandwint. 1,50 M. Selbstverlag, Schöneberg, Mariendorfer Weg.
Anthony Bacon. Die Lösung des Shakespeare-Problems von H. Alber. 3 M. G. Müller, München.
Velia. Roman von A. Fogazzaro. 5 M., gebd. 6,50 M. G. Müller, München.
Jahrbuch des Deutschen Arbeiter-Abkündendubdes 1911. 120 S. G. Richter, Jahr I. Baden.
10. Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats Wera 1910. 51 S. Selbstverlag.
11. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Stuttgart nebst Bericht der vereinigten Gewerkschaften 1910. 24 S. Selbstverlag.
Das Zentrum von Dr. R. Ehr. 20 Bl. - Der Freiheit eine Gasse. Liberales Liederbuch. 16 S. Nationalverein, München.
Gutscheinssystem und Jugabennunwesen von J. Gutz. 27 S. Selbstverlag, Charlottenburg, Krummeckstr. 32.
Fadblatt für Holzarbeiter. Heft 4. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband. Erscheint am 15. jeden Monats. 1 M. Verlag: Berlin O. 2.
Flüchtlinge. Novellen von D. Franck. 3 M., gebd. 4 M. - Utaise, der Gymnast von H. Rommer. Aus dem Französischen von Dr. R. Engel und Marie Doederlein. 3 M., gebd. 4 M. - Ellen Ocklerne. Roman von J. Grün zu Reventon. 3 M. 50 Bl., in Leinen 5 M. - Der Trinker. Roman von Katarina Voelsh. 2 M., gebd. 3 M. Verlag H. Langen, München.
Der Gleicher von J. B. Jensen. 3,50 M., gebd. 4,50 M. Verlag E. Fischer, Berlin.
Der Mann von Hundsbierzig von G. D. Rosum. 2 M., gebd. 3 M. G. Bignand, Leipzig.
Die Heilung der gichtischen-rheumatischen Erkrankungen gemäß der Methode des Dr. R. J. Rittel. Von J. F. Reine. Geb. 3,50 M. Kleine u. Stapf, Berlin W. 15.
Die Weltkugel. Von D. Böhm. 2,50 M. Teutonia-Verlag, Leipzig.
Das Kaisermandat und andere Erzählungen von E. v. Wolzogen. (Karlshofers Bücherklub.) 20 Bl. D. Dillger, Berlin W. 9.
Die bunne Kuh. Humoristischer Roman von A. Wredler. 5 M., gebd. 6 M. Kontorbia, Deutsche Verlagsanstalt, Berlin W. 30.
Zuwachstenergesetz. Vom 14. Februar 1911 nebst den Ausführungsbestimmungen. Von Justizrat E. Fuchs, Rechtsanwalt. Leinen 3 M. J. Bahlen, Berlin W. 9.
Waldemar Tempel. Roman von R. Krejer. 4 M., gebd. 5 M. E. Fischer, Leipzig.
Dietrich Scherrenbergs Spiel von Frau Jutta. Herausgegeben von E. Schröder. 1,20 M. - Die Lutten von Schiller und Goethes Balladen von H. Lehmann. 1,20 M. - Andreas Karlstadt von Abtuhung der Bilder und das leine Bettler unter den Christen sein sollen. Herausgegeben von J. Liepmann. 50 Bl. H. Rarus u. E. Weber, Bonn a. Rh.

Wasserhand-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Station, am, seit, and another set of am, seit. Rows include Remel, Tilsit, Regel, Ankerberg, Weichsel, Thorn, Ober, Rathbor, Krossen, Jena, Darsitz, Schramm, Landsberg, Rega, Berchman, Elbe, Reimern, Dresden, Barch, Magdeburg.

+) bedeutet Voll. - Buch, - ? Unterpost.

Zeitungs-Ausgabebestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Adert Habnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis: W. Ost. Schmidt, Kirchbaderstr. 14, Hochparterre. S. und SW.: Hermann Werner, Osnelsenstr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Ringstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 120. - Richard Haffelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
5. Wahlkreis: Südosten: Paul Schmidt, Lankwitzplatz 14/15.
6. Wahlkreis: West: Leo Jucht, Jannaustr. 12 (Hof).
7. Wahlkreis: (Hohbit): Karl Hunder, Salzweidenerstr. 8.
Wedding: Karl Heige, Nazarethstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, vorn part.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Wers, Lohsestr. 123.
Adlershof: Karl Schwarze, Postmannstr. 9.
Alt-Gliencke: Wilhelm Dürre, Rudowerstr. 83 II.
Baumschulenweg: D. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
Bernau, Röntental, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Brose, Hobeinstr. 74, part.
Biesdorf: Leopold Peters, Dorstr. 38.
Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Rau, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
Charlottenburg: Gustav Schärberg, Seelenbinderstraße 1.
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablade: Oskar Rahl, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Friedenau-Petershagen: E. Hölzbar, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: H. Bernier, Alenstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Friede, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Käter, Adelsstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
Köpenick: Emil Böhler, Riecherstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Kronprinzenstraße 4, I.
Mahlisdorf, Kaulsdorf: Scheide, Mahldorf, Waldseeferstr. 14.
Mariendorf: August Leip, Ullrichstr. 296, Hof.
Mariansfelde: Emil Weinert, Dorstr. 14.
Neuenhagen: Hermann Häbiger, Wolterstraße.
Nieder-Schöneide: Max Briebe, Riecherstr. 14 II.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneide: Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: Rihmann, Mühlentstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: F. Gursch, Brodingstr. 56, Laden.
Rixdorf: M. Heinrich, Redaerstr. 2, im Laden; Rofr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenfranz, Mü-Borghagen 56.
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Breitestr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Rianaj, Borsigwalde, Rauschstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Pöhlendorfer Str. 4.
Tempelhof: Albert Zitel, Berliner Straße 41/42.
Treptow: Rob. Gramenz, Riechholzstraße 412, Laden.
Weißensee: R. Fuhmann, Sebanstr. 105, partier.
Wilmerdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstraße 26.
Sämtliche Partikelliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Advertisement for Jacket-Kleider, featuring a woman in a jacket and list of clothing items with prices. Text includes 'Vorzüglich sitzende Jacket-Kleider enorm billig', 'aus praktischen, gediegenen englischen Stoffen', 'Französische Kleider', 'Woll-Musseline-Kleider', 'Vornehme Modell-Kleider', '3000 Kostümröcke', 'Elegante Tuch-Röcke', 'Frauen-Mäntel für stärkste Damen passend, in unerreichlicher Auswahl', 'Kimono', 'Jacketkleid „Gotte“', 'Siemann & Rosenberg Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse 2 Häuser vom Dönhofsplatz, 51 12 Schaufenster.'

Aufruf! Die schönsten Herren

Anzüge Paletots, Ulster, Gesellschafts-Anzüge, einzelne Hosen, wenig gebraucht, auch elegante neue Herren-Garderobe, bekommt man am billigsten und gut passend nur im Monats-Garderobehaus von Luft & Burger, 19, Mariannenstr. 19. Kein Laden. Straßenbahn wird vergütet. Verbindung von überall. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei jedem Einkauf 5 Proz. Streng reelles Geschäft.

Rich. Reinhardts Sommer-Theater

Hasenheide 57 u. Camphausen-Straße.
Morgen, sowie jeden Sonntag:
Gr. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Auftreten von Künstlern allerersten Ranges.

Die grosse Ulster-Mode

stets fertig am Lager:



Ulster

einreihig verarbeitet

27⁵⁰ 30 32 36⁵⁰ 40
45 50 75 M.

Ulster

zweireihig verarbeitet

32⁰⁰ 36 42 46 48 54
56 58 75 M.

Paletots

25⁵⁰ 27⁵⁰ 29⁵⁰ 32 38 42
46 52 56 60 80 M.

Verlangen Sie bitte d. neuen Katalog für Massanfertigung gratis u. franko.

M. Schulmeister

Berlin, Dresdener Strasse 4 Kottbuser 11 Tor 11

Julius Lindenbaum

Eckhaus Fruchtstr. 141 Große Frankfurter Str. 141 Eckhaus Fruchtstr.

Herren- und Knaben-Bekleidung

Größtes Geschäft der Branche im Osten

Nur neues, modernes Warenlager

Gegr. 1879



Für jede Figur passend am Lager

Frühjahrs-Ulster neueste Phantasiestoffe, grau und grünlich, ein- und zweireihig . . . 50, 40, 30, 25, 21, 19, 17⁰⁰ M.

Frühjahrs-Paletots hell, dunk. u. sportfarb. 45, 40, 30, 24 50, 21, 18⁰⁰ M.

Jackett-Anzüge ein- u. zweireihig, in den neuesten und modernsten Farbenstellungen 54, 48, 45, 40, 36, 29, 25, 22, 20, 16⁰⁰ M.

Gummi-Mäntel moderne Farben 32, 25, 17⁰⁰ M.

Pelerinen alle Farben 18, 15, 13, 50, 10, 7⁵⁰ M.

Beinkleider in reicher Auswahl, in jeder Preislage, von 2⁷⁵ an

Phantasie-Westen . . . 2²⁵ 3 Stück 6⁵⁰ M. hochschicke Muster

Knaben-Anzüge und Pyjacks in geschmackvoller Ausfüh. zu den denkbar bill. Preisen

Jünglings-Ulster, -Paletots u. -Anzüge in großer Auswahl

Berufs- u. Arbeits-Bekleidung für alle Gewerke

Besondere Abteilung zur Anfertigung eleganter Herren-Bekleidung nach Maß

Streng reelle Bedienung und billige, feste Preise, wie in früheren langen Jahren

Wieder unter meiner persönlichen Leitung Julius Lindenbaum Große Frankfurter Straße 141, Ecke Fruchtstraße

Bumpen, Rohr, Sandfilter, Drahtgeflechte laufen Sie billigst bei Wolf, Weinbaderstr. 17/19 (Kottbuser Brücke) Charlottenburg, Ankerstr. 6/7 (Stute).

Charlottenburg F. Künsmann Wallstr. 1 Moderne Uhren u. Goldwaren

Toupets, Locken, Zöpfe

billigste Bezugsquelle. Nur reelle Ware. O. Kafka, Rixdorf, Erkstr. 3.

Für Ausflügler

empfehlen wir: Kleinklings Wanderbuch für die Mark Brandenburg 3 Teile, mit 58 Karten. Erster Teil: Nähere Umgebung Berlin Preis 1,50 M. Zweiter Teil: Weitere Umgebung Berlin, westliche Hälfte Preis 2 M. Dritter Teil: Weitere Umgebung Berlin, östliche Hälfte Preis 2,50 M.

Richtlings Taschenatlas der Umgebung Berlin, mit 100 Aufträgen geb. 2,- M.

Straubes Märkisches Wanderbuch, 4 Teile, mit 76 Karten je 1,- M.

Silva, Märkischer Wander-Atlas, mit 16 Karten, kart. 1,- M. mit 22 Karten geb. 1,50 M.

Lüders Wanderbücher durch die Mark Brandenburg I. Teil: Steffiner, Briesener, Ostbahn. II. Teil: Schleifische, Görlicher, Dresdener Bahn. 6 farbige, je 1,- M.

Spezialkarten in reicher Auswahl und in allen Preislagen vorräthig.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Blitz-Briketts

von staunenerregender Heizkraft, 100 Stück ab Lager meiner Filialen 76 Pf., frei Haus 90 Pf. Für 10 Pf. 13 Stück. Bernhard Rader, Zeughofstr. 21.

Hüte in allen Preislagen. R. Weidner, Hutmacher, Prinzenstr. 57, Dresdener Str. Fahrgehd wird vergütet.

Ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter gebogener Arbeit empfiehlt Wilh. Lambrecht, Berlin SW., Simeonstr. 19 Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste

Teilzahlung 50 Pf. an. Lesor 5% Rabatt. Herren-Paletots, -Anzüge, Damen-Kostüme, Jacketts, Röcke, Blusen, Kleiderstoffe, Betten, Tischdecken, Wäsche, Portier, Gardinen, Stoppdecken, Teppiche, Spiegel, Bilder, Uhren, Grammophone, Kinderwagen. F. & H. Schmidt, Petersburger Str. 23, nur 1. Etage.

Die Welträtsel.

Gemeinderäthl. Studien über monistische Philosophie. Von Ernst Häckel. Mit Nachträgen zur Begründung der monistischen Weltanschauung. Preis 1 Mark. Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. 68 Lindenstraße 69 (Laden).

Wir empfehlen: Arbeiter-Gesundheitsbibliothek Heft 11. Frauenleiden u. deren Verhütung. Beist einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. Von Dr. J. Zadek. Preis 20 Pf. Gute Ausgabe 50 Pf. Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Erstklassige Herren-Garderobe nur nach Maß garantiert tadelloser Sitz liefert auf Teilzahlung zu Kassapreisen wöchentlich von 1 M. an Martin Katz Schneidermeister Berlin S., Dresdener Str. 76 nahe Thalia-Theater und Schöneberg, Hauptstr. 158 nahe dem alten Botan. Garten

Goldene Medaillen Carl Zobel Köpenicker Str. 121 (Eckhaus) Michaelkirchstr. 9-10 (Eckhaus) Beste Herren- und Knaben-Moden fertigt und nach Maß. Beste Paßform. Alle Größen, auch für korpolente wie schlankere Herren, in reichster Auswahl vorräthig. Volle Garantie für jedes bei mir gekaufte Kleidungsstück. Der gute Ruf meiner Firma bürgt für gewissenhafte und billige Bedienung. Sehr billige, aber feste Preise. Werkstätten im Hause. 9 Schaufenster. Sehr große Auswahl in- und ausländischer Stoffe für Maßanfertigung. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. — Ankleidezimmer in allen Abteilungen. — Der neue Katalog gratis und franko. Anzüge, Ulster, Paletots fertig von 18 M. an. 9 Schaufenster.